

Beiträge	Seiten
1: W.Putins Rede auf dem GUS-Gipfel in St. Petersburg am 20.12.19	1 - 15
2: Konferenz der anti-imperialist. -faschist. Einheitsfront in Varna	16 - 27
3: Gegen NATO-Kriegsübung Defender im Jahre 2020	28
4: Zum 125. Geburtstag von Josef Wissarionowitsch Stalin	29 - 39
5: Aberkennung Status der Gemeinnützigkeit für die VVN-BdA	40

Wladimir Putins Rede auf dem informellen GUS-Gipfel in St. Petersburg am 20. Dezember 2019

Zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs



Der russische Präsident Wladimir Putin referierte beim informellen GUS-Gipfel in St. Petersburg am 20. Dezember 2019 über Archivmaterialien zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges und lud die Teilnehmer zu einem Rundgang durch eine speziell organisierte Ausstellung ein. Teilnehmer des Gipfeltreffens waren neben Wladimir Putin der Präsident von Aserbaidschan Ilham Alijew, der Premierminister von Armenien Nikol Paschinjan, der Präsident von Weißrussland Alexander Lukaschenko, der erste Präsident von Kasachstan Nursultan Nasarbajew, der Präsident von Kirgisistan Sooronbay Jeenbekow, der Präsident von Moldawien Igor Dodon, der Präsident von Tadschikistan Emomali Rahmon und der Präsident von Turkmenistan Gurbanguly Berdimuhamedow.



Vortrag von Wladimir Putin in St. Petersburg am 20. Dezember 2019 (Foto: [Kreml](#))

Liebe Kollegen, ich freue mich sehr, Sie zu sehen. Ich möchte Sie noch einmal in diesem "sehr erweiterten" Format der GUS-Staatschefs begrüßen. Wir haben uns auf Ereignisse konzentriert, die dem Ende des Großen Vaterländischen Krieges zwischen der Sowjetunion und Nazideutschland und dem Sieg der Sowjetunion zugeordnet sind.

Lassen Sie mich betonen, dass es für uns alle, und ich weiß, dass Sie mir zustimmen, ein besonderes Datum ist, weil unsere Väter und Großväter damals unserem Vaterland, unserem gemeinsamen Vaterland, viel geopfert haben. Tatsächlich hat jede Familie in der ehemaligen Sowjetunion auf die eine oder andere Weise unter dem gelitten, was mit unserem Land und der Welt geschah.

Wir haben das viele Male sowohl formell als auch informell diskutiert und beschlossen, am Vorabend des 75. Jahrestages zusammenzuarbeiten. Ich möchte einige meiner Gedanken dazu mitteilen.

Ich war überrascht, sogar etwas verletzt durch eine der letzten Entschlüsse des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 "über die Bedeutung der Bewahrung des historischen Gedächtnisses für die Zukunft Europas". Auch wir haben uns immer bemüht, die Qualität der Geschichte, ihre Wahrhaftigkeit, Offenheit und Objektivität zu sichern. Ich möchte noch einmal betonen, dass dies für uns alle gilt, denn wir sind in gewisser Weise Nachkommen der ehemaligen Sowjetunion. Wenn sie über die Sowjetunion sprechen, sprechen sie über uns.

Was steht da? Nach diesem Papier hat der so genannte Molotow-Ribbentrop-Pakt (die Außenminister der Sowjetunion und Nazi-Deutschlands), wie sie weiter schreiben, Europa und die Gebiete unabhängiger Staaten zwischen zwei totalitären Regimen aufgeteilt, was den Weg für den Zweiten Weltkrieg ebnete. Der Molotow-Ribbentrop-Pakt 'ebnete den Weg zum Zweiten Weltkrieg...' Nun, vielleicht.

Darüber hinaus fordern die europäischen Parlamentarier, dass Russland seine Bemühungen einstellen soll, die darauf abzielen, historische Fakten zu verzerren und die These zu fördern, dass Polen, die baltischen Länder und der Westen den Krieg wirklich begonnen haben. Ich glaube nicht, dass wir jemals so etwas gesagt haben oder dass eines der oben genannten Länder die Täter waren.

Wo ist denn die Wahrheit? Ich beschloss, dies herauszufinden, und bat meine Kollegen, die Archive zu überprüfen. Als ich anfing, sie zu lesen, fand ich etwas, das meiner Meinung nach für uns alle interessant wäre, denn auch hier kommen wir alle aus der Sowjetunion.

Hier ist die erste Frage. Wir sprechen ständig über den Molotow-Ribbentrop-Pakt. Wir wiederholen dies nach unseren europäischen Kollegen. Da stellt sich die Frage: War dies das einzige Dokument, das von einem der europäischen Länder, damals die Sowjetunion, mit Nazi-Deutschland unterzeichnet wurde? Es stellt sich heraus, dass dies überhaupt nicht der Fall ist. Ich werde einfach eine Liste von ihnen geben, wenn ich darf.

Also, die Erklärung über die Nichtanwendung von Gewalt zwischen Deutschland und Polen. Das ist in der Tat der sogenannte Pilsudski-Hitler-Pakt, der 1934 unterzeichnet wurde. Im Wesentlichen ist dies ein Nichtangriffspakt.

Dann das deutsch-britische Seeabkommen von 1935. Großbritannien bot Hitler die Möglichkeit, eine eigene Marine zu haben, was für ihn illegal war oder nach dem Ersten Weltkrieg sogar auf ein Minimum reduziert wurde.

Dann die gemeinsame deutsch-britische Erklärung von Chamberlain und Hitler, die am 30. September 1938 unterzeichnet wurde und auf Initiative Chamberlains vereinbart wurde. Darin hieß es, dass das unterzeichnete 'Münchener Abkommen sowie das deutsch-britische Seefahrtsabkommen symbolisieren...' und so weiter. Die Schaffung eines rechtlichen Rahmens zwischen den beiden Staaten wurde fortgesetzt.

Das ist noch nicht alles. Es gibt die deutsch-französische Erklärung, die am 6. Dezember 1938 in Paris von den Außenministern Frankreichs und Deutschlands, Bonnet und Ribbentrop, unterzeichnet wurde.

Schließlich der am 22. März 1939 in Berlin vom litauischen Außenminister und Ribbentrop unterzeichnete Vertrag zwischen der Republik Litauen und dem Deutschen Reich, der die Wiedervereinigung des Gebietes Klaipeda mit dem Deutschen Reich vorsieht.

Dann gab es den Nichtangriffsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Lettland vom 7. Juni 1939.

Damit war der Vertrag zwischen der Sowjetunion und Deutschland der letzte in einer Reihe von Verträgen, die von europäischen Ländern unterzeichnet wurden, die an der Erhaltung des Friedens in Europa interessiert zu sein schienen. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass die Sowjetunion erst dann der Unterzeichnung dieses Dokuments zustimmte, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft waren und alle Vorschläge der Sowjetunion zur Schaffung eines einheitlichen Sicherheitssystems, d.h. einer Anti-Nazi-Koalition in Europa, abgelehnt wurden

So war der Vertrag zwischen der Sowjetunion und Deutschland der letzte in einer Reihe von Verträgen, die von europäischen Ländern unterzeichnet wurden, die an der Erhaltung des Friedens in Europa interessiert zu sein schienen. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass die Sowjetunion erst dann zur Unterzeichnung dieses Dokuments bereit war, wenn alle anderen Wege ausgeschöpft waren und alle Vorschläge der Sowjetunion zur Schaffung eines einheitlichen Sicherheitssystems, ja einer Anti-Nazi-Koalition in Europa abgelehnt wurden.

In diesem Zusammenhang bitte ich Sie, sich einige Minuten Zeit zu nehmen, um zu den Ursprüngen, zum Anfang zurückzukehren, was ich für sehr wichtig halte. Ich schlage vor, wie man sagt, vom 'Mittelfeld' aus zu beginnen, ich meine von den Ergebnissen des Ersten Weltkriegs, von den im Versailler Vertrag von 1919 geschriebenen Friedensbedingungen von Versailles.

Für Deutschland wurde der Vertrag von Versailles zu einem Symbol für eklatante Ungerechtigkeit und nationale Erniedrigung. Tatsächlich bedeutete er, Deutschland auszurauben. Ich werde Ihnen einige Zahlen nennen, weil sie sehr interessant sind.

Deutschland musste den Ländern der Triple Entente (Russland verließ die Gewinner und un-

terzeichnete den Versailler Vertrag nicht) eine astronomische Summe von 269 Milliarden Goldmark zahlen, das entspricht 100.000 Tonnen Gold. Zum Vergleich würde ich sagen, dass die Goldreserven im Oktober 2019 in den USA 8.130 Tonnen, in Deutschland 3.370 Tonnen und in Russland 2.250 Tonnen betragen. Und Deutschland musste 100.000 Tonnen zahlen. Bei dem aktuellen Goldpreis von 1.464 Dollar für eine Feinunze wären die Reparationen etwa 4,7 Billionen Dollar wert, während das deutsche BIP in den Preisen von 2018, wenn meine Daten korrekt sind, nur 4 Billionen Dollar beträgt.

Es genügt zu sagen, dass die letzten Zahlungen in Höhe von 70 Millionen Euro erst kürzlich, am 3. Oktober 2010, getätigt wurden. Deutschland hat am 20. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland noch für den Ersten Weltkrieg bezahlt.

Ich glaube, und viele, darunter auch Forscher, sind sich einig, dass der so genannte Geist von Versailles ein Umfeld für eine radikale und revanchistische Stimmung geschaffen hat. Die Nazis beuteten Versailles aktiv aus in ihrer Propaganda, die versprach, Deutschland von dieser nationalen Schande zu befreien, so dass der Westen den Nazis freie Hand zur Rache gab.

Als Referenz kann ich sagen, dass der Mann hinter dem französischen Sieg im Ersten Weltkrieg, Marschall Ferdinand Foch, der französische Kommandant, über die Ergebnisse des Versailler Vertrages sprach und einmal eine berühmte Prophezeiung ausgesprochen hat, ich zitiere: "Das ist kein Frieden. Es ist ein Waffenstillstand für zwanzig Jahre." Er hatte sogar über die Zeit recht.

US-Präsident Woodrow Wilson warnte, dass es ein großer Fehler wäre, Deutschland eines Tages Grund zur Rache zu geben. Der international renommierte Winston Churchill schrieb, die Wirtschaftsartikel des Vertrages seien böse und dumm bis hin zur völligen Bedeutungslosigkeit.

Die Weltordnung von Versailles habe viele Konflikte und Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen. Sie basieren auf den Grenzen neuer Staaten, die von den Siegern des Ersten Weltkriegs willkürlich in Europa festgelegt wurden. Damit wurden die Voraussetzungen für die so genannte Sudetenkrise geschaffen. Das Sudetenland war Teil der Tschechoslowakei, in dem die deutsche Bevölkerung lebte. Hier ist ein Referenzdokument über die Sudetenkrise und die darauf folgende sogenannte Münchner Konferenz.

Im Jahre 1938 lebten in der Tschechoslowakei 14 Millionen Menschen, davon 3,5 Millionen Volksdeutsche. Am 13. September 1938 brach dort ein Aufstand aus, und Großbritannien schlug sofort vor, mit Hitler zu sprechen und ihn zu beschwichtigen, um den Frieden zu erhalten. Ich will Sie nicht mit den Einzelheiten der Korrespondenz und der Gespräche langweilen, aber sie führten zur Unterzeichnung des bekannten Münchner Abkommens.

Um es noch einmal zu wiederholen, wir haben einige Archivmaterialien verwendet. Ich möchte einige davon erklären. Wir haben eine verschlüsselte Nachricht des sowjetischen Bevollmächtigten für Frankreich an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litwinov vom 25. Mai 1938 über ein vertrauliches Gespräch mit dem französischen Premierminister Daladier.

Ich werde einen Auszug vorlesen, da es sich um ein interessantes Dokument handelt. "Der

französische Premierminister Eduard Daladier hat die letzten Tage der Klärung der polnischen Position gewidmet." Dies bezieht sich auf das Münchner Abkommen, in dessen Folge das Sudetenland, ein Teil des tschechoslowakischen Territoriums, nach Deutschland gehen sollte. Die Untersuchung in Polen hat ein völlig negatives Ergebnis gebracht", sagte der französische Premierminister. "Wir können nicht nur nicht auf die Unterstützung Polens zählen, sondern es gibt auch keine Sicherheit, dass Polen uns nicht in den Rücken fällt." Entgegen den polnischen Zusicherungen glaubt Daladier nicht an die Loyalität der Polen, selbst wenn Deutschland Frankreich direkt angreifen würde. Er forderte eine klare und eindeutige Antwort von den Polen, auf wessen Seite sie im Frieden und im Krieg stehen. In diesem Zusammenhang stellte er dem polnischen Botschafter in Frankreich, Juliusz Lukasiewicz, eine Reihe von direkten Fragen. Er fragte ihn, ob die Polen sowjetische Truppen durch ihr Gebiet passieren lassen würden. Lukasiewicz sagte nein. Daladier fragte dann, ob sie sowjetische Flugzeuge über ihr Gebiet fliegen lassen würden. Lukasiewicz sagte, dass die Polen das Feuer auf sie eröffnen würden.

Als Lukasiewicz die Frage ablehnte, ob Polen zur Rettung kommen würde, wenn nach einem deutschen Angriff auf die Tschechoslowakei (es gab ein Abkommen über gegenseitige Hilfe zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei)... Deutschland erklärt Frankreich den Krieg. Der polnische Vertreter sagte nein. Daladier sagte, er sehe keinen Grund in einem französisch-polnischen Bündnis und den Opfern, die Frankreich als Teil davon bringt".

Und was bedeutet das? Es bedeutet, dass die Sowjetunion bereit war, der Tschechoslowakei zu helfen, die von Nazi-Deutschland ausgeraubt werden sollte. Aber im Abkommen zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei stand, dass die Sowjetunion dies nur dann tun würde, wenn Frankreich seine Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei erfüllt. Frankreich verknüpfte seine Hilfe für die Tschechoslowakei mit der Unterstützung durch Polen. Polen weigerte sich jedoch, sie zu leisten.

Das folgende Dokument ist das mir vorliegende Dokument Nr. 5, über das ich soeben gesprochen habe. Fahren wir fort. Das sechste Dokument.

Was haben die polnischen Behörden getan, als Deutschland begann, einen Teil des tschechoslowakischen Territoriums zu beanspruchen? Sie beanspruchten auch ihren Teil der "Beute" bei der Teilung des tschechoslowakischen Territoriums und forderten die Übergabe eines bestimmten Teils der Tschechoslowakei an sie. Außerdem waren sie zur Anwendung von Gewalt bereit. Sie bildeten eine spezielle Militärgruppe namens "Schlesien", die drei Infanteriedivisionen, eine Kavalleriebrigade und weitere Einheiten umfasste.

Es gibt auch ein spezifisches Dokument aus den Archiven. Aus einem Bericht eines Kommandeurs der Unabhängigen Operationsgruppe Schlesien, Herrn Bortnowski, über die Vorbereitungen für die Offensive, die Einnahme von Tesin Schlesien und die Ausbildung der Truppen haben die polnischen Behörden Militärexperten ausgebildet und in die Tschechoslowakei geschickt, um Sabotage und Terroranschläge durchzuführen und die Teilung und Besetzung der Tschechoslowakei aktiv vorzubereiten.

Das nächste Dokument ist die Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen dem deutschen Botschafter in Polen, Herrn Moltke, und dem polnischen Außenminister, Herrn Beck. In diesem Dokument hat der polnische Außenminister Beck direkt darüber gesprochen, ich zitiere: "In

den von Polen beanspruchten Gebieten wird es keinen Konflikt mit deutschen Interessen geben." Daher wird es eine Teilung des tschechoslowakischen Territoriums geben.

Unmittelbar nach dem Abschluss des Münchner Abkommens am 30. September 1938 schickte Warschau, nachdem es tatsächlich die Methoden der Nazis nachgeahmt hatte, ein Ultimatum nach Prag mit dem bedingungslosen Anspruch auf einen Teil des Gebietes der Tschechoslowakei - Tesin-Schlesien. Frankreich und Großbritannien unterstützten die Tschechoslowakei nicht, was sie zwang, sich dieser Gewalt zu beugen. Gleichzeitig mit Deutschland, das das Sudetenland annektierte, begann Polen am 1. Oktober 1938 mit der direkten Beschlagnahme des tschechoslowakischen Gebietes und verletzte damit das zuvor mit der Tschechoslowakei geschlossene Abkommen.

Das nächste Dokument berichtet über die endgültige Vereinbarung zur Festlegung der Grenze zwischen Polen und der Tschechoslowakei. Es geht um Folgendes: Am 28. Juli 1920 unterzeichneten Polen und die Tschechoslowakei mit dem Schiedsgericht der Triple Entente das so genannte endgültige Grenzabkommen, das den westlichen Teil des tschechoslowakischen Gebiets Cieszyn den Tschechen und den östlichen Teil Warschau übertrug. Beide Teile haben ihre gemeinsame Grenze offiziell anerkannt und vor allem garantiert.

Natürlich verstand Polen, dass ohne die Unterstützung Hitlers alle Versuche, einen Teil der Tschechoslowakei zu erobern, zum Scheitern verurteilt waren. In diesem Zusammenhang möchte ich ein sehr interessantes Dokument zitieren: ein aufgezeichnetes Gespräch zwischen dem deutschen Botschafter in Warschau Hans-Adolf von Moltke und Josef Beck über die polnisch-tschechischen Beziehungen und die Haltung der UdSSR dazu vom 1. Oktober 1938 an.

Der deutsche Botschafter berichtet seinen Vorgesetzten in Berlin. Herr Beck - ich darf Sie daran erinnern, dass er Außenminister Polens war - hat sich für die loyale Interpretation der polnischen Interessen auf der Münchner Konferenz sowie für die aufrichtigen Beziehungen während des tschechischen Konflikts sehr dankbar gezeigt. Die polnische Regierung und das polnische Volk haben Hitler und dem Reichskanzler Anerkennung gezollt, das heißt, er war dankbar für das Handeln Hitlers auf der Konferenz in München.

Es ist bemerkenswert, dass die Vertreter Polens nicht zur Münchner Konferenz eingeladen wurden, und dass ihre Interessen tatsächlich von Hitler vertreten wurden.

An diesem Punkt übernahm Polen die Rolle des Anstifters: es versuchte, Ungarn in die Teilung der Tschechoslowakei hineinzuziehen, was bedeutet, andere Länder bewusst in die Verletzung des Völkerrechts hineinzuziehen. Dass Deutschland und Polen gemeinsam handelten, war anderen europäischen Ländern, auch Großbritannien und Frankreich, bekannt.

Das nächste, zehnte Dokument. Aus einem Bericht des französischen Botschafters in Deutschland André François-Poncet an den französischen Außenminister Georges-Étienne Bonnet vom 22. September 1938. Ich werde es lesen; es ist ein sehr interessantes Dokument. Als nächstes kommt ein Zitat, es ist der Bericht des französischen Botschafters an seinen Vorgesetzten in Paris; er schreibt: "Es geht um die Demarchen Polens und Ungarns am 20. September beim Führer und in London, die darauf hinweisen sollten, daß Warschau und Budapest nicht bereit wären, einen ungünstigeren Plan für ihre ethnischen Minderheiten im

tschechoslowakischen Staat auszuüben, als der den Sudetendeutschen angebotene Plan. Dies sei gleichbedeutend mit einer Erklärung, so der französische Botschafter weiter, dass die Abtretung der von der deutschen Mehrheit bewohnten Gebiete auch die Abtretung des Prager Bezirks Tešín und 700.000 Ungarn in der Slowakei nach sich ziehen sollte. Die mutmaßliche Abtretung des Gebietes käme also einer Teilung des Landes (also der Tschechoslowakei) gleich".

Das ist genau das, was das Reich wollte. Polen und Warschau jagten zusammen mit Deutschland die Tschechoslowakei. Frankreich und England, die sich um Zugeständnisse bemühten und ihr Bestes taten, um den deutschen Forderungen nachzukommen, wollten die Existenz des tschechischen Staates retten, der sich einer vereinten Front von drei Staaten gegenüber sah, die die Tschechoslowakei teilen wollten.

Die Reichsführung, die aus ihrem Ziel, die Tschechoslowakei von der europäischen Landkarte zu tilgen, keinen Hehl machte, nutzte die polnischen und ungarischen Demarchen sofort, um bereits am 21. September über ihre offiziellen Printmedien zu erklären, dass eine neue Situation entstanden sei, die eine neue Lösung erfordere.

Die nächste. Die Tatsache, dass Polen seinen Appetit ausdrückte, als es die Stunde der Teilung der Beute kommen sah, konnte diejenigen nicht überraschen, die die Absichten des polnischen Außenministers Beck kannten, der eine zunehmende Vorsicht gegenüber Deutschland gezeigt hatte und über die Pläne von Hitlers Führern voll informiert war. Insbesondere aufgrund des regelmäßigen Kontakts mit Hermann Göring über mehrere Monate hinweg glaubte der polnische Außenminister, dass die Teilung der Tschechoslowakei unvermeidlich sei, dass sie noch vor Ende 1938 erfolgen würde. Beck machte auch keinen Hehl aus seinen Absichten, Tešín zu beanspruchen und notfalls zu besetzen.

Und der letzte Punkt. Die Differenzen zwischen der von Konrad Henlein - dem Parteichef in der Tschechoslowakei - geführten Partei und den Tschechen dienten nur als Vorwand und Ausgangspunkt für das Reich, denn durch die Verfolgung der Prager Behörden konnte das Reich sein Hauptziel erreichen, das darin bestand, ein Hindernis für die deutsche Expansion abzubauen, da die Tschechoslowakei ein Verbündeter Frankreichs und Russlands in Mitteleuropa war.

Dies ist bezeichnend. Wie reagierten die führenden Politiker in der ganzen Welt auf den Münchner Verrat, ein Abkommen, das 1938 zwischen Hitler, Großbritannien und Frankreich unterzeichnet wurde? Was sagten damals bekannte Persönlichkeiten, die sich den Respekt der Öffentlichkeit in der Welt und in Europa verdient haben? Wir können sagen, dass ihre Reaktion bis auf wenige Ausnahmen positiv und optimistisch war. Nur Winston Churchill beschrieb die Situation ehrlich und nannte die Dinge beim Namen.

Ich möchte hinzufügen, dass der britische Premierminister nach der Unterzeichnung des Abkommens bei seiner Rückkehr aus München am 30. September 1938 vor seinem Wohnhaus in der Downing Street sagte: "Zum zweiten Mal in unserer Geschichte ist ein britischer Premierminister aus Deutschland zurückgekehrt und hat den Frieden mit Ehre gebracht. Ich glaube, es ist Frieden für unsere Zeit." Das heißt, für unsere Generation.

Nach der Unterzeichnung des Münchner Abkommens schrieb Franklin Roosevelt in seiner

Grußbotschaft an Chamberlain vom 5. Oktober 1938, dass er seine Überzeugung, dass dies eine große Chance sei, eine neue Ordnung auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit zu errichten, voll und ganz teile.

Am 19. Oktober 1938 gab der US-Botschafter in Großbritannien, Joseph Kennedy, der Vater des zukünftigen Präsidenten John Kennedy, folgende Einschätzung des Münchner Abkommens, das zwischen den westlichen Ländern oder Demokratien und Deutschland und Italien unterzeichnet wurde: Ich bin seit langem der Meinung, dass es unproduktiv und unvernünftig ist, die bestehenden Unterschiede zwischen den beiden Demokratien und Diktaturen hervorzuheben. Es kann für sie von Vorteil sein, auf die Lösung ihrer gemeinsamen Probleme hinzuarbeiten, was die Beziehungen zwischen ihnen zum Besseren verändern wird.

Und nun aus Churchills Rede, die er am 5. Oktober 1938 im britischen Unterhaus gehalten hat: "Wir haben eine totale und ungemilderte Niederlage erlitten... Alles ist vorbei. Schweigend, trauernd, verlassen, zerbrochen, die Tschechoslowakei zieht sich in die Dunkelheit zurück... Lasst uns dafür nicht die Augen verschließen." Er sagte, wir sollten aufhören, uns selbst zu täuschen; wir müssen das Ausmaß der Katastrophe, die die Welt erlebt, realistisch betrachten. "Eine Katastrophe ersten Ausmaßes ist über Großbritannien und Frankreich hereingebrochen... Wir haben eine Niederlage ohne Krieg erlitten, deren Folgen uns auf unserem Weg weit begleiten werden... Und nehmen Sie nicht an, dass dies das Ende ist. Dies ist nur der Anfang der Abrechnung. Dies ist nur der erste Schluck." Eine ganz schöne Einschätzung.

Worüber hat Churchill gesprochen? Die Tatsache, dass in München die so genannten westlichen Demokratien ihren Verbündeten verraten hatten, was den bevorstehenden Krieg ankündigte.

Unser Außenminister Maxim Litvinov sagte im September 1938 in einer Plenarsitzung des Völkerbundes: "Heute einen wahrscheinlichen Krieg zu vermeiden und morgen einen sicheren und allgemeinen Krieg zu bekommen - und das um den Preis, den unersättlichen Appetit der Aggressoren zu nähren und souveräne Länder zu zerstören - bedeutet nicht, im Geiste des Völkerbund-Pakts zu handeln. Das heißt, die Sowjetunion hat dieses Ereignis verurteilt.

In diesem Zusammenhang möchte ich das folgende sehr wichtige Dokument vorstellen; es ist ein merkwürdiges Dokument. Eigentlich haben wir sie alle in unserer Ausstellung ausgestellt. Das ist eine Antwort des Politbüros der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiken) auf das Telegramm des Bevollmächtigten des UdSSR-Beauftragten für die Tschechoslowakei, Alexandrowski, vom 20. September 1938. Am 20. September 1938 gab das Politische Büro der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) einstimmig eine positive Antwort auf die direkte Frage von Präsident Edvard Benes, ob die UdSSR der Tschechoslowakei umgehend Hilfe leisten würde, wenn Frankreich ihr treu bliebe.

Ferner teilte die Sowjetunion am 23. September 1938 Polen offiziell mit, dass im Falle eines Einmarsches in die Tschechoslowakei der sowjetisch-polnische Nichtangriffspakt beendet werden würde. Polens Außenminister Jozef Beck nannte dies einen Propagandamittel ohne Bedeutung.

Zudem habe Polen im Hinblick auf den bevorstehenden Einmarsch in Tesin alles getan, um die Sowjetunion an der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zur Unterstützung der Tschechoslo-

wakei zu hindern. Wie Sie sich erinnern, wollten sie sowjetische Flugzeuge abschießen und den Transit der sowjetischen Truppen zur Rettung der Tschechoslowakei nicht zulassen. In der Zwischenzeit hat Frankreich, der damalige Hauptverbündete der Tschechen und Slowaken, seine Garantien zur Verteidigung der Integrität der Tschechoslowakei tatsächlich gebrochen.

Da die UdSSR in Ruhe gelassen wurde, musste sie sich der von den westlichen Staaten geschaffenen Realität stellen. Die Teilung der Tschechoslowakei war grausam und zynisch, sie war im Grunde genommen eine Plünderung. Wir haben allen Grund zu sagen, dass das Münchner Abkommen der Wendepunkt in der Geschichte war, nach dem der Zweite Weltkrieg unausweichlich wurde.

Hitler hätte 1938 durch die gemeinsamen Anstrengungen der europäischen Staaten aufgehalten werden können. Dies wurde von den westlichen Führern selbst anerkannt.

Ein weiterer Hinweis auf ein Dokument. Es handelt sich um eine Niederschrift der Gespräche vom 17. Mai 1939 zwischen Vertretern des französischen und des polnischen Kommandos über die Möglichkeiten eines Krieges in Europa zwischen der italienisch-deutschen und der polnisch-französischen Koalition. Der französische Generalstabschef sagte bei einem Treffen mit dem polnischen Militärminister, dass die Gesamtsituation im Jahre 1938 viel mehr Möglichkeiten für den Widerstand gegen Deutschland bot. Worüber sprach er also? Dass bei rechtzeitiger Reaktion der Krieg hätte vermieden werden können. Unterdessen sagte Feldmarschall **Keitel** bei den Nürnberger Prozessen auf die Frage, ob Deutschland 1938 die Tschechoslowakei angegriffen hätte, wenn die Westmächte Prag unterstützt hätten: "Nein. Wir waren militärisch nicht stark genug. Das Ziel der Münchner [Vereinbarung] war es, Russland aus Europa herauszudrängen, Zeit zu gewinnen und die Aufrüstung Deutschlands abzuschließen."

Die Sowjetunion versuchte konsequent, die Tragödie der Teilung der Tschechoslowakei auf der Grundlage ihrer internationalen Verpflichtungen, einschließlich ihrer Abkommen mit Frankreich und der Tschechoslowakei, zu verhindern. Großbritannien und Frankreich zogen es jedoch vor, den Nazis ein demokratisches osteuropäisches Land zu überlassen, um sie zu besänftigen. Und nicht nur das, sondern auch, um die Bestrebungen der Nazis nach Osten zu lenken. Leider war Polen damals maßgeblich daran beteiligt. Die Führer der Zweiten Rzeczpospolita taten alles, was sie konnten, um sich einem kollektiven Sicherheitssystem zu widersetzen, das die UdSSR einschließen würde.

Ich möchte Ihnen ein weiteres Dokument zeigen - eine Abschrift des Gesprächs von Adolf Hitler mit dem polnischen Außenminister Jozef Beck vom 5. Januar 1939. Dieses Dokument ist indikativ. Es ist eine Art Destillation der gemeinsamen Politik des Deutschen Reiches und Polens am Vorabend, im Verlauf und nach dem Ende der Krise der Tschechoslowakei. Der Inhalt ist zynisch in seiner Haltung gegenüber den Nachbarn und Europa als Ganzes. Und es ist klar

Und das zweite Zitat. Der polnische Minister sagt mit gewissem Stolz, dass Polen nicht so nervös ist, seine Sicherheit zu erhöhen, wie z.B. Frankreich, und misst den so genannten Sicherheitssystemen, die nach der Septemberkrise (Sudetenlandkrise) in der Tschechoslowakei völlig bankrott gegangen sind, keine Bedeutung bei. Sie wollen nichts aufbauen. Das sagt der polnische Außenminister direkt zu Hitler.

Keiner der Entscheidungsträger in Berlin oder Warschau kümmerte sich darum, dass das Sicherheitssystem in Europa zerfiel. Sie haben sich um etwas anderes gekümmert.

In diesem Zusammenhang, das dritte Zitat. **Hitler** sagt (Adolf Hitlers Worte): "Deutschland wird unter allen Umständen an der Erhaltung eines starken nationalen Polens interessiert sein, völlig unabhängig von der Situation in Russland. Sei es nun das bolschewistische, zaristische oder irgendein anderes Russland, Deutschland wird immer äußerst vorsichtig gegenüber diesem Land sein. Eine starke polnische Armee nimmt Deutschland eine beträchtliche Last ab. Die Divisionen, die Polen an der russischen Grenze halten muss, entlasten Deutschland von zusätzlichen militärischen Kosten." Das sieht nach einem Militärbündnis gegen die Sowjetunion aus.

Dieses Dokument war, wie Sie sehen können, völlig unverhüllt und kam nicht aus dem Nichts. Das war kein Ergebnis taktischer Manöver, sondern vielmehr ein Ausdruck der konsequenten Tendenz zur deutsch-polnischen Annäherung zum Schaden der Sowjetunion. Und ich habe noch mehr Beweise in dieser Richtung, obwohl es aus früheren Zeiten sehr aufschlussreich ist

Dies ist ein Auszug aus einem Gespräch zwischen dem polnischen Vize-Außenminister Jan Szembek und Hermann **Göring** über die polnisch-sowjetischen Beziehungen vom 5. November 1937. Göring ist zuversichtlich, dass das Dritte Reich, d.h. das Dritte Reich, unabhängig von seiner inneren Struktur nicht mit den Sowjets und mit Russland im Allgemeinen zusammenarbeiten kann. Goering fügte hinzu, dass Deutschland ein starkes Polen brauche, wobei er hinzufügte, dass die Ostsee für Polen nicht ausreicht und es Zugang zum Schwarzen Meer haben muss.

Damals wie heute wird Russland benutzt, um den Menschen Angst zu machen. Ob zaristisch, sowjetisch oder heute - daran hat sich nichts geändert. Es spielt keine Rolle, was für ein Land Russland ist - diese Logik bleibt bestehen. Wir sollten auch keine ideologischen Begriffe verwechseln - bolschewistisch, russisch, was auch immer, unsere ehemalige gemeinsame Heimat, die Sowjetunion. Um dies zu erreichen, werden sie mit jedem einen Deal machen, auch mit Nazi-Deutschland, das können wir in der Tat sehen.

Und damit verbunden ist ein weiteres sehr aufschlussreiches Dokument - eine Abschrift des Gesprächs zwischen dem deutschen Außenminister Joachim **Ribbentrop** und dem **polnischen Außenminister Jozef Beck** vom 6. Januar 1939. Wir haben eine ziemlich große Anzahl von Dokumenten aus Osteuropa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg erhalten. Joachim Ribbentrop drückte die deutsche Position aus, die, ich zitiere, "davon ausgehen wird, die ukrainische Frage als das Privileg Polens zu betrachten, und wir unterstützen Polen in jeder Hinsicht bei der Erörterung dieser Frage, allerdings nur unter der Bedingung, dass Polen eine hervorragende antirussische Haltung einnimmt (dies ist ein Zitat), da wir (Nazi-Deutschland) sonst wahrscheinlich keine gemeinsamen Interessen haben werden". Auf die Frage Ribbentrops, ob Polen die Ambitionen von Marschall Pilsudski in Bezug auf die Ukraine aufgeben habe, sagte Beck: "Die Polen waren bereits in Kiew, und diese Pläne sind zweifellos auch heute noch lebendig".

Eigentlich geschah dies 1939. Hoffen wir, dass sich zumindest in dieser Hinsicht etwas geän-

dert hat. Die Grundlage dessen, was ich jetzt mit Ihnen teile, ist jedoch die pathologische Russophobie. Die europäischen Hauptstädte waren sich dessen im Übrigen vollkommen bewusst. Die westlichen Verbündeten Polens waren sich damals dessen vollkommen bewusst.

Das folgende Dokument wird beweisen, was ich soeben gesagt habe. Dies ist ein Bericht des französischen Botschafters in Polen, Herrn Leon Noel, an den französischen Außenminister Georges Bonnet über seine Gespräche mit seinen polnischen Kollegen vom 31. Mai 1938. In diesem Dokument schreibt der französische Botschafter über die unmissverständlichen Erklärungen der polnischen Führer, die bei ihrem Treffen kein Blatt vor den Mund genommen haben.

Ich zitiere: "**Wenn ein Deutscher ein Rivale ist, bleibt er dennoch ein Europäer und ein Mann der Ordnung.**" Und Polen würde bald herausfinden, was ein "Europäer und Ordnungshüter" bedeutet. Jeder hat das am 1. September 1939 erlebt.

Laut Noel sahen die Polen die Russen als Barbaren, mit denen "jeder Kontakt gefährlich und jeder Kompromiss tödlich sein würde". Dies kann als typisches Beispiel für Rassismus und Verachtung für die "Untermensch" angesehen werden, ein Konzept der Nazis, das Russen, Weißrussen, Ukrainer und später auch die Polen selbst einschloss.

Wissen Sie, in diesem Zusammenhang betrachte ich die Fälle von Russophobie, Antisemitismus und so weiter in bestimmten europäischen Ländern, und sie weisen eine auffällige Ähnlichkeit damit auf.

Aggressiver Nationalismus macht immer blind und beseitigt alle moralischen Grenzen. Wer diesen Weg geht, wird vor nichts zurückschrecken, um seine Ziele zu erreichen - aber letztlich wird er sie zurückschlagen, was wir immer wieder gesehen haben.

In diesem Zusammenhang gibt es ein weiteres Dokument, das dies unterstützt, einen Bericht des **polnischen Botschafters in Nazideutschland Jozef Lipski** an den polnischen Außenminister Jozef Beck vom 20. September 1938, den ich für notwendig halte, um ihn Ihnen vorzulesen. Herr Lipski hatte mit Hitler gesprochen, und das ist es, was er, der polnische Botschafter, seinem Außenminister geschrieben hat: "Im Anschluss an unser Gespräch hat der deutsche Bundeskanzler Hitler beharrlich betont, dass Polen ein wichtiger Faktor ist, der Europa vor Russland schützt.

Aus den anderen Äußerungen Hitlers folgt, dass er plötzlich die Idee hatte, dass die jüdische Frage durch Migration in Kolonien im Einklang mit Polen, Ungarn und vielleicht auch Rumänien gelöst werden kann. Hitler schlug vor, die jüdische Bevölkerung zuerst von Europa nach Afrika gewaltsam auszuweisen - und sie nicht nur auszuweisen, sondern tatsächlich in die Vernichtung zu schicken. Wir alle wissen, was 1938 mit Kolonien gemeint war - es bedeutete Vernichtung. Das war der erste Schritt zum Völkermord, zur Vernichtung der Juden und zu dem, was wir heute als Holocaust kennen.

Und das ist es, was der **polnische Botschafter in diesem Zusammenhang** an den polnischen Außenminister geschrieben hat - offenbar in der Hoffnung auf Verständnis und Zustimmung: Ich, d.h. der polnische Botschafter in Deutschland, antwortete, er schreibt seinem Außenminister, dass wir, wenn dies geschieht und diese Frage gelöst wird, ihm, Hitler, in Warschau ein

schönes Denkmal setzen werden. In Warschau.

Ein Auszug aus dem oben erwähnten Gespräch zwischen Adolf Hitler und dem polnischen Außenminister Jozef Beck vom 5. Januar 1939. Hitler sagte: "Ein weiteres Thema von gemeinsamem Interesse für Deutschland und Polen ist die Judenfrage." Er, der Führer, ist fest entschlossen, die Juden aus Deutschland zu vertreiben. In diesem Moment würden sie einen Teil ihrer Habseligkeiten mitnehmen dürfen, und Hitler bemerkte, sie würden definitiv viel mehr aus Deutschland mitnehmen, als sie hatten, als sie sich in diesem Land niedergelassen hatten. Aber je länger sie mit der Auswanderung zögern, desto weniger Eigentum werden sie mitnehmen können.

Was ist das? Was sind das für Menschen? Was sind das für Leute? Wer sind sie? Ich habe den Eindruck, dass das heutige Europa nichts davon wissen will, es wird absichtlich vertuscht, während man versucht, die Schuld, auch für den Beginn des Zweiten Weltkriegs, von den Nazis auf die Kommunisten abzuwälzen.

Ja, wir wissen, wer Stalin war, wir haben unsere Einschätzungen über ihn abgegeben. Aber ich denke, es bleibt die Tatsache, dass es Nazideutschland war, das am 1. September 1939 zuerst Polen und dann am 22. Juni 1941 die Sowjetunion überfallen hat.

Und was sind das für Leute, die solche Gespräche mit Hitler führen? Sie waren es, die, während sie ihre söldnerischen und exorbitant übertriebenen Ambitionen verfolgten, ihr Volk, das polnische Volk, dem Angriff der deutschen Militärmaschinerie auslieferten und darüber hinaus allgemein zum Beginn des Zweiten Weltkrieges beitrugen. Was kann man nach der Lektüre dieser Dokumente noch denken?

Und etwas, das wir auch heute noch erleben: Sie schänden die Gräber derer, die diesen Krieg gewonnen haben, die ihr Leben gaben, auch in Europa, während sie diese Länder vom Nazismus befreien.

Übrigens kam mir in den Sinn, dass es überhaupt nichts mit Stalin zu tun hat. Die Denkmäler in Europa wurden für unsere regulären Soldaten der Roten Armee errichtet, einschließlich derer, die aus den derzeit absolut unabhängigen Staaten kamen, die nach der Auflösung der Sowjetunion gegründet wurden. Das waren ganz normale Menschen. Wer waren diese Soldaten der Roten Armee? Es waren hauptsächlich Bauern und Arbeiter, von denen viele auch unter dem Stalin-Regime litten - einige von ihnen waren unterdrückte Kulaken, einige ließen Familienmitglieder in Arbeitslager schicken. Diese Menschen starben bei der Befreiung der europäischen Länder vom Nationalsozialismus. Jetzt werden unter anderem Denkmäler für sie abgerissen, damit die Tatsachen einer echten Kollaboration einiger europäischer Führer mit Hitler nicht an die Oberfläche kommen. Das ist keine Rache an den Bolschewiken: Sie tun alles, um ihre eigene Position zu verbergen.

Warum habe ich gesagt, dass die Führer dieser Länder, einschließlich Polens, ihr Volk damals tatsächlich unter den Wagen der Militärmaschinerie von Nazi-Deutschland geworfen haben? Weil sie die wahren Gründe für **Hitlers** Handeln unterschätzt haben.

Das sagte er bei einem Treffen mit den Befehlshabern der deutschen Armee in der Reichskanzlei, ich zitiere: "Es geht nicht um Danzig", dies ist eine Stadt, die zu einer internationalen

Einheit erklärt wurde und die Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg zurückhaben wollte, **"es geht uns darum, den Lebensraum nach Osten zu erweitern und die Lebensmittelversorgung zu sichern"**. Es ging überhaupt nicht um Polen. Der Punkt ist, dass sie den Weg für eine Aggression gegen die Sowjetunion ebnen mussten.

Die Sowjetunion versuchte nach Kräften, jede Gelegenheit zur Bildung einer Anti-Hitler-Koalition zu nutzen, führte Gespräche mit militärischen Vertretern Frankreichs und Großbritanniens und versuchte so, den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zu verhindern, blieb aber praktisch allein und isoliert. Wie ich bereits sagte, war es der letzte der betroffenen europäischen Staaten, der gezwungen war, einen Nichtangriffspakt mit Hitler zu unterzeichnen.

Ja, es gibt einen geheimen Teil über die Teilung eines Territoriums. Aber wir kennen den Inhalt der Abkommen anderer europäischer Länder mit Hitler nicht. Denn während wir diese Dokumente freigegeben haben, halten die westlichen Hauptstädte all dies immer noch geheim. Wir wissen nichts über ihren Inhalt. Aber das brauchen wir jetzt auch nicht mehr, denn die Fakten zeigen, dass es eine Absprache gab. Im Wesentlichen sehen wir die Teilung eines demokratischen, unabhängigen Staates, der Tschechoslowakei. Und die Teilnehmer daran waren nicht nur Hitler, sondern auch die damaligen Führer dieser Länder. Das war es, was Hitler den Weg nach Osten öffnete, das war die Ursache für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs.

Ein weiterer Punkt, der das Vorgehen der Sowjetunion nach dem Beginn des Krieges Deutschlands gegen Polen betrifft. Ich möchte Sie daran erinnern, dass im Westen, in der Gegend von **Lwow**, die polnische Garnison noch Widerstand leistete, das ist wahr. **Als die Rote Armee vorrückte, übergaben sie der Roten Armee ihre Waffen. Tatsächlich hat die Tatsache, dass die Einheiten der Roten Armee dort eintraten, viele Leben der örtlichen Bevölkerung, vor allem der jüdischen Bevölkerung, gerettet. Denn alle hier Anwesenden wissen, dass der Anteil der jüdischen Bevölkerung in diesem Gebiet sehr hoch war. Wären die Nazis dort eingedrungen, hätten sie alle ausgeschnitten und in die Öfen geschickt.**

In **Brest** zum Beispiel rückte die Rote Armee erst nach der Besetzung dieser Gebiete durch deutsche Truppen vor. Die Rote Armee führte dort keine Feindseligkeiten mit irgendjemandem, sie kämpfte nicht mit den Polen. Außerdem hatte die polnische Regierung zu diesem Zeitpunkt die Kontrolle über das Land, über die Streitkräfte, verloren und blieb irgendwo in der Nähe der rumänischen Grenze. Es gab niemanden, mit dem man hätte verhandeln können. Lassen Sie mich noch einmal wiederholen: Die Festung von Brest, die wir alle als eine Zitadelle zur Verteidigung der Interessen der Sowjetunion und unseres gemeinsamen Vaterlandes kennen und eine der außergewöhnlichsten Seiten in der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges, wurde erst nach dem Abzug der Deutschen von der Roten Armee besetzt. Sie hatten sie bereits eingenommen, so dass die Sowjetunion sie in Wirklichkeit nicht von Polen erobert hat.

Abschließend möchte ich Sie an die Art und Weise erinnern, wie die Zeitgenossen die Ergebnisse des Sieges über den Nazismus und den Beitrag eines jeden von uns zu diesem Sieg, beginnend mit dem Jahr 1941, bewertet haben.

Churchills Aussage: "Ich bin sehr froh, ... von vielen Quellen des tapferen Kampfes und vieler

energischer Gegenschläge zu lernen, mit denen die russischen Armeen ihre Heimat verteidigen. Ich bin mir des militärischen Vorteils voll bewusst, den Sie dadurch erlangt haben, dass Sie den Feind gezwungen haben, sich an vorderen Westfronten zu stationieren und zu engagieren", "an vorderen Westfronten" - ich mache Sie darauf aufmerksam, die damaligen britischen Führer gaben zu, dass dies eine kämpferische Bedeutung im Kampf gegen Nazi-Deutschland hatte, "wodurch ein Teil der Kraft seiner anfänglichen Bemühungen erschöpft wurde". Das bedeutet, dass die Macht des ersten Angriffs der Nazi-Armee dadurch geschwächt wurde, dass die Rote Armee an neue Grenzen vorstieß. Das Vorrücken auf diese neuen Positionen hatte also auch eine militärische Bedeutung für die Sowjetunion.

Und nun ein Zitat aus Winston Churchills persönlicher Botschaft an Joseph Stalin vom 22. Februar 1945. Es war am 22. Februar, dem Vorabend des 27. Jahrestages der Roten Armee. Churchill schreibt, dass die Rote Armee ihr siebenundzwanzigjähriges Bestehen inmitten von Triumphen feiert, die den uneingeschränkten Applaus ihrer Verbündeten gewonnen haben. Und ich möchte im Zusammenhang mit der kürzlich von unseren Kollegen im Europäischen Parlament angenommenen Entschließung Folgendes betonen: **"Zukünftige Generationen werden ihre Schuld an der Roten Armee ebenso vorbehaltlos anerkennen wie wir, die wir diese stolzen Erfolge miterleben durften."** Aber wir sehen, wie die heutige Generation der europäischen Politiker darauf reagiert.

Hier ist, was **Roosevelt** 1945 an Stalin schrieb: "Die anhaltenden herausragenden Leistungen der Roten Armee zusammen mit dem allumfassenden Einsatz der Streitkräfte der Vereinten Nationen im Süden und Westen sichern die rasche Erreichung unseres gemeinsamen Ziels - eine friedliche Welt, die auf gegenseitigem Verständnis und Zusammenarbeit beruht.

Und einige Zeit später schrieb Harry **Truman**, der neue US-Präsident: "Wir wissen den großartigen Beitrag der mächtigen Sowjetunion zur Sache der Zivilisation und Freiheit voll und ganz zu schätzen. Sie haben die Fähigkeit eines freiheitsliebenden und überaus mutigen Volkes bewiesen, die bösen Mächte der Barbarei zu vernichten, wie mächtig sie auch sein mögen."

Ich glaube, dass jeder von uns hier die Leistung unserer Väter nicht vergessen kann und nie vergessen wird. Ich würde mir sehr wünschen, dass unsere Kollegen im Westen im Allgemeinen und in Europa im Besonderen dies im Auge behalten. Und wenn sie uns nicht zuhören wollen, sollten sie die angesehenen Führer ihrer eigenen Länder beachten, die wussten, was sie sagen und die die Ereignisse aus erster Hand kannten.

Erster Präsident von Kasachstan Nursultan Nasarbajew: Das muss öffentlich gemacht werden.

Wladimir Putin: Wir haben es bereits öffentlich gemacht. Aber ich möchte das alles richtig zusammenfassen und einen Artikel schreiben. Ich möchte einen Artikel über dieses Thema schreiben.

Nursultan Nasarbajew: Systematisieren, organisieren und präsentieren Sie all diese historischen Dokumente.

Wladimir Putin: Ganz richtig. Aber das ist noch nicht alles. Ich schlage Folgendes vor: Wir

gehen jetzt zum Abendessen, und ich schlage vor, dass wir durch diesen Saal gehen, wo wir eine kleine Ausstellung dieser Dokumente eingerichtet haben. Buchstäblich zwei Minuten, und Spezialisten werden uns alles über sie erzählen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Quelle: en.kremlin.ru, Übersetzung ins Deutsche unter Zuhilfenahme einer automatischen Übersetzungssoftware: Wolfgang Effenberger

Die NATO-die größte staatliche Militärorganisation der Reichsten dieser Erde und der Kampf der Friedensbewegten, der Antifaschisten und Kommunisten gegen die NATO

Rede von Brigitte Queck auf der Konferenz der Antiimperialistischen antifaschistischen Einheitsfront am 25.10.2019 in Varna gehalten

Die NATO wurde in diesem Jahr 70 Jahre alt und feierte ihr Jubiläum am 4. April 2019 in Washington DC.

Das internationale Netzwerk von Friedensbewegten, Antifaschisten und Kommunisten „No to War – No to NATO“ hat vielfältige, kreative und friedliche Aktionen gegen die NATO in Washington DC und weltweit gemacht. Unter ihnen auch die „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“, eine Vereinigung von Antifaschisten, Kommunisten, Freidenkern und Christen, die seit dem NATO-Aggressionskrieg gegen Jugoslawien besteht und seither wöchentlich, seit 9 Jahren 2X wöchentlich, nun auch vor der US-Botschaft nahe dem Brandenburger Tor ihre Friedensmahnwachen veranstaltet.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1949 war die NATO gerichtet auf:

- Bedrohung der Sowjetunion und ihrer Verbündeten--dem Warschauer Pakt--im Kalten Krieg;
- Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft ihrer Länder;
- Operationen ihrer Geheimdienstarmee Gladio gegen Andersdenkende;
- Drohung mit atomarem Erstschatz bzw. „begrenzten Atomschlägen“ gegenüber Ländern, die nicht willig waren, den kapitalistischen Entwicklungsweg zu gehen;
- Unterstützung von US-Kriegen gegen Korea und Vietnam bis zur Vorbereitung bzw. Durchführung von kürzlichen Regimechanges in Libyen, der Ukraine und dem versuchten Regimechange in Syrien:
- Einbindung und Stützung von Militärdiktaturen in anderen Ländern bis hin zur Schaffung einer internationalen von ihnen finanzierten Söldnerarmee, der ISIS,
- Unterstützung von Konterrevolutionen wie der P2 in Italien, bis hin zu den Honkong-Demonstrationen in China, oder einigen ideellen und finanzierten konterrevolutionären Demos in Russland, um DENJENIGEN STAATEN ZU SCHADEN, DIE EINEN SOZIALISTISCHEN ENTWICKLUNGSWEG GEHEN (CHINA), BZW. WIE RUßLAND, DAS ZUSAMMEN MIT CHINA EI-

NE MULTIPOLARE, FRIEDLICHE WELT, ENTWICKELN WILL, DIE DIE GRUNDSÄTZE DER UNO-CHARTA BERÜCKSICHTIGT UND IN DER AUCH KLEINERE STAATEN UNABHÄNGIG VOM WIRTSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN DRUCK DER US/NATO IHREN EIGENEN ENTWICKLUNGSWEG EINSCHLAGEN KÖNNEN.(BRICS UND SCHANGHAI-ORGANISATIONEN).

I.Neue NATO Strategie Frühjahr 1999

Nach dem selbst verschuldeten Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems gab es für die NATO kein Halten mehr, sich auch den letzten sozialistischen Staat, der noch verblieben war, nämlich Jugoslawien, in das kapitalistische Gesellschaftssystem einzuverleiben.

In diesem Falle sollte Deutschland in Position gebracht werden.

Mit List und Tücke übertrafen sich führende deutsche Politiker, an der Spitze der SPD-ler Gerhard Schröder, sowie Verteidigungsminister Scharping und der Grünen-Politiker Oskar Fischer, sowie die deutschen Medien, darin, die Serben in Jugoslawien zu diffamieren und den jugoslawischen Präsidenten Milosevic mit Hitler gleichsetzten.

Ein besonders perfides Spiel betrieben IWF und Weltbank, indem sie die jahrelang Jugoslawien zugestandenen Kredite nun plötzlich zurückerstattet haben wollten und dies - wie übrigens überall in der Welt - mit Auflagen einer Privatisierung Jugoslawiens verbanden. Tausende von jugoslawischen Arbeitern fürchteten um ihren Arbeitsplatz und gingen auf die Strasse.

Auch das von Milosevic befehligte Anwerfen der Gelddruckmaschine nutzte nicht viel. Die reichen Republiken Jugoslawiens Kroatien und Slowenien wurden in dieser schweren Wirtschaftskrise von Deutschland (Genscher) angestachelt, sich aus dem jugoslawischen Staatenbund zu verabschieden, was auch geschah, aber durch die verschiedenen in Jugoslawien lebenden Völkerschaften schließlich in einen Bürgerkrieg mündete.

Die NATO nutzte die Gunst der Stunde zum militärischen Eingriff, sprich Aggressionskrieg, gegen Jugoslawien, der am 23.März 1999 mit einem Bombardement vieler Städte in Jugoslawien begann.

In allen größeren Städten der ehemaligen DDR gingen die Menschen aus Protest auf die Straße, waren sie doch zur Friedensliebe und gegen jedwede Aggressionskriege erzogen worden.

Auch in Berlin trafen sich jeden Tag an der Gedächtniskirche Zoo Hunderte von Menschen verschiedener Religion und Weltanschauung, um gegen diesen Krieg zu protestieren.

Gerade zu dieser Zeit, im April 1999, fand die Frühjahrstagung der NATO in Bratislava statt, während ihres 78 tägigen Angriffskrieges gegen Jugoslawien.

Dort in Bratislava nahm die NATO ein neues Strategie-Papier an, das forthin ihre Politik bestimmen sollte.

Waren die Einsätze von NATO-Truppen bislang laut Artikel 5 auf die Verteidigung gegen einen militärischen Angriff auf ein NATO-Mitglied begrenzt, so wird das Aufgabengebiet der NATO-Einheiten nun drastisch erweitert. Die Streitkräfte des Bündnisses sollen in Zukunft auch bereit sein, »nicht unter Artikel 5 fallende Krisenreaktionseinsätze durchzuführen«. Ein solcher Einsatz **soll zwar**, wie im Text immer wiederbetont wird, **an ein UN-Mandat gebunden sein** und auf der Basis des Völkerrechts erfolgen, er **muß es aber nicht. Eine strikte rechtliche Festlegung auf ein UN-Mandat ist im neuen Statut an keiner Stelle zu finden.**

Darin wurde offen, allen den Staaten gedroht, die den nicht kapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben.

DIESE NEUE NATO-STRATEGIE, bei der es nicht mehr um die Verteidigung der eigenen Grenzen, bzw. die Verteidigung eines ihrer Mitgliedsländer ging, sondern um gemeinsame Kampfeinsätze AUßERHALB DES NATO-TERRITORIUMS WURDE DAS 1. MAL GEGEN JUGOSLAWIEN ANGEWANDT !

Bei diesem 78-tägigen intensiven Bombardements durch NATO-Flugzeuge auf Jugoslawien waren 1000 Kampfflugzeuge der Luftstreitkräfte der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Spaniens und der Türkei beteiligt.

Es gab 35.000 Lufteinsätze. 6500 Zivilisten und 500 jugoslawische Soldaten fanden den Tod. 200 Fabriken wurden dem Erdboden gleichgemacht. Raffinerien wurden in Brand geschossen. 33 Brücken, ein großer Teil des Straßennetzes und der Infrastruktur der Eisenbahn wurden zerstört. Hunderte Dörfer wurden in Brand gesteckt. In fast allen Städten Jugoslawiens wurden Regierungsgebäude, Rathäuser, Kirchen, Klöster, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Kindergärten, Sportanlagen, Museen, Gedenkstätten, ja sogar Friedhöfe bombardiert und oft in Schutt und Asche gelegt.

Einige der im Krieg eingesetzten Waffen dürften überhaupt erstmals in großem Umfang **eingesetzt** worden sein. Der Krieg als Großversuch. Das gilt z. B. für **Graphit-Bomben**. Es handelt sich um Bomben, die Graphit-Fäden austreuen und damit zu Kurzschlüssen im Hochspannungsnetz und in Umspannstationen usw. führen. Mit dem Einsatz dieser Bomben konnte die Elektrizitätsversorgung ganzer Gebiete oder von Wohnvierteln für längere Zeit ausgeschaltet werden.

Luftangriffe der NATO auf die Stromversorgungssysteme Serbiens haben zu Beginn des dritten Monats der Bombardierung Jugoslawiens die Städte Belgrad, Novi Sad und Nis und einen großen Teil des Landes in Katastrophensituation versetzt.“ Ohne Zweifel handelte es sich hier um Maßnahmen, die völkerrechtswidrig gezielt gegen die Zivilbevölkerung gerichtet waren.

Besonders brutal und verbrecherisch war der Einsatz von **Uran-Munition, eigentlich Miniatomwaffen, die seither in jedem Kriegsgebiet und ausschließlich durch die NATO zum Einsatz kommen.**

Die NATO hatte nach dem Krieg eingestanden, 30.000 Geschosse mit abgereichertem Uran (Depleted Uranium, DU) abgefeuert zu haben. Belgrad nannte 50.000 Geschosse. Das entspricht zwischen 10 und 15 Tonnen Uran.

In Gebieten, in denen nachweislich solche DU-Geschosse (Miniatomwaffen!) eingesetzt wurden, war in den letzten Jahren eine massiv erhöhte Rate an Krebserkrankungen festgestellt worden. Diese Uran-Munition war von der NATO bereits 1995 in Bosnien eingesetzt worden. Vor allem aber wurden solche Geschosse im großen Umfang in den 3 NATO Kriegen gegen den Irak verschossen. **Ramsey Clark**, ehemaliger Justizminister der USA stellte fest: „Die Wirkungen der Uran-Mantelgranaten waren durchaus bekannt. Testgelände für diese Waffen in Minnesota und New Mexico blieben ständig radioaktiv [...]

Wissenschaftler aus Saudi-Arabien berichteten nach dem Irak-Krieg über einen Anstieg der Radioaktivität entlang der Nordgrenze des Landes. Dem Bericht der britischen Atomenergiebehörde UKAEA zufolge verursachen 40 Tonnen radioaktiver Trümmer in der Wüste möglicherweise bis zu 500.000 Todesfälle. Uran-238 behält seine Radioaktivität über Jahrmillionen. Demnach dürften ganze Regionen im Irak und Kuwait für immer tödlich und unbewohnbar bleiben.“

Das Vorgehen der NATO im Jugoslawien-Krieg 1999 war einerseits beispiellos und andererseits „beispielgebend“.

Sieben Jahre später nämlich diente die NATO-Aggression gegen Jugoslawien der Regierung in Tel Aviv als Muster für das Vorgehen im Libanon-Krieg, der am 12. Juni 2006 begann.

Der israelische Premierminister Ehud Olmert rechtfertigte die katastrophalen Auswirkungen der israelischen Luftangriffe auf den Libanon mit den folgenden Worten: „Die europäischen Länder haben den Kosovo angegriffen und dabei 10.000 Zivilisten umgebracht... Ich sage ja nicht, dass es falsch war, im Kosovo zu intervenieren. Aber bitte: Erzählt uns nicht, wie man mit Zivilisten umgeht.“

Schlussfolgerungen aus dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien

Nach der selbstverschuldeten Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems 1990 versuchte die US/NATO ihren Sieg dadurch auszubauen, dass sie auf den Sturz sozialistischer oder quasisozialistischer Führer hinarbeiteten – Milošević, Saddam, Gaddafi, Assad –, solange es ging, durch Kriege, und immer unter Inkaufnahme der Destabilisierung von Gesellschaften mit allen furchtbaren Folgen.

Dass es sich beim Versuch, der Öffentlichkeit Milošević als "Rechten" zu verkaufen, um eine Lüge handelte, gab der damalige Bundesaußenminister Joseph Fischer zu, der nach dem Sturz des jugoslawischen Präsidenten zufrieden feststellte: "Es ist der letzte Teil der Mauer, der hier – mit zehn Jahren Verspätung – verschwindet". Genauso verstand es die Zeitung „Die Zeit“, für die eine Konterrevolution als "Revolution" gilt, deshalb also im Oktober 2000 titelte "Die letzte der Revolutionen" und schrieb:

Milošević war nun einmal der große Überlebende, der einzige Staatschef aus der kommunistischen Ära, der sich in die nachkommunistische Welt hinübergerettet hatte. Dennoch ist Miloševićs Sturz womöglich ein folgenreicher Wendepunkt der europäischen Geschichte.

Mit dem "folgenreichen Wendepunkt" hatte die Zeitung zweifelsohne Recht: Das war ein Türöffner-Krieg für die in schneller Schlagzahl folgenden imperialistischen Angriffs- und Regime-Change-Kriege zum Zweck der Erzwingung einer neokolonialen Weltordnung.

Quelle: <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=25721>

Nach dem Sieg im Kalten Krieg gegen den Warschauer Pakt hat die NATO Land um Land ihr Mandatsgebiet erweitert. Ehemals sozialistische Staaten wurden Jahr um Jahr in ihr NATO-Mandatsgebiet einverleibt und zusammen mit diesen wurden nun US-amerikanische, deutsche und andere imperiale Interessen offen im Kampf um die neue Weltordnung am Hindukusch u.a. Orten der Welt „verteidigt“.

Die NATO wurde zu einer zentralen und äußerst brutalen Militärorganisation, unter Führung der USA, im Kampf für die Errichtung einer „neuen Weltordnung“, dem zentralen Ziel des US-Imperialismus.

Seither führt die NATO einen permanenten heißen Krieg außerhalb ihres ursprünglichen „Mandatsgebietes“ - sei es in Jugoslawien oder in Afghanistan. Die führenden NATO-Politiker und Generäle lassen keinen Zweifel, dass sie noch mehr Interventionen, dass sie noch mehr Terror, Mord und Besatzung planen und für notwendig halten. Davon zeugen ihre jährlichen NATO "Sicherheitskonferenzen".

Die lassen keinen Zweifel, dass sie mehr aufrüsten wollen, dass sie ihre todbringenden Arsenale weiter „modernisieren“ werden, dass sie den Feind - also alle Staaten, jede Bewegung, jede Art von Widerstand, die grundsätzlich oder auch nur vermeintlich ihrer Ordnung in Wege stehen - verschärft bekämpfen werden.

Derselbe Krieg, der in Afghanistan oder Pakistan gegen den Widerstand geführt wird, die von den NATO-Staaten unterstützten barbarischen Angriffe Israels auf Gaza, die Drohungen gegen den Iran, die Kriege gegen den Irak, der blutige Regimechange in Libyen und der versuchte Regimechange der US/NATO in Syrien gehen Hand in Hand mit verschärfter Repression, rassistischer Hetze, „Terrorlisten“ und drastischen Einschränkungen demokratischer Rechte in den imperialistischen Zentren selbst.

Dabei bedienen sich die US/NATO-Staaten offen, bzw. indirekt **Bespitzelungsmethoden ANDERSDENKENDER über das Computer-und Telefonsystem ebenso, wie die Unterstützung faschistischer Organisationen** (kürzliche NSU-Prozesse in Deutschland), oder **geheime Zusammenarbeit mit der faschistoiden AfD**, die, weil sie einseitig gegen jedwede Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland auftritt, während z.B. Die Linke dieses Problem ganz ausklammert, eine große Anhängerschaft bei den deutschen Wählern hat, aber **ANDERERSEITS DIE AUSBEUTUNG DER ARBEITENDEN BEVÖLKERUNG WEITER VERSCHÄRFEN WILL, WAS IM SINNE DER FÜHRENDEN POLITIKER DER US/NATO-LÄNDER IST.**

Während wir in Deutschland gegen die Einführung des neuen Polizeigesetzes kämpfen, das eine gesetzliche Inhaftierung von Andersdenkenden 1 Tag lang und länger ohne Verurteilung möglich machen soll, sind uns DIE USA AUCH IN DIESEM PUNKT UM LÄNGEN VORAUSS.

Der **Patriot Act** der USA erlaubt es dem Staat, Andersdenkenden, auch Christen, die Ausreise in einen anderen US- Staat zu seinen Verwandten zu verweigern.

Die Inhaftierung von Journalisten über Jahre hinweg, wie die des Indianerführers Leonard Peltier, oder von Mumia Abu-Jamal bzw. das Auslieferungsersuchen des führenden NATO-Staats der USA gegenüber Großbritannien bezüglich des aus der ecuadorianischen Botschaft gekidnappten Wikileaks-Gründers Assange sind eine organisierte staatliche Unterdrückung von Andersdenkenden, die den US/NATO-Staaten insgesamt gefährlich werden könnten.

WIR SEHEN, DASS DIE INNENPOLITIK DER US/NATO-STAAATEN DIE FORTSETZUNG DER IMPERIALEN KRIEGHS-UND BESATZUNGSPOLITIK MIT ANDEREN MITTELN IST !

II. Umdenken auch führender bürgerlicher Kräfte in Deutschland und der Welt nach dem verbrecherischen NATO-Krieg gegen Jugoslawien und ihr folgerichtiger Kampf gegen die NATO

Viele, auch führende bürgerliche Kräfte und Politiker in Deutschland, wie **General Loquai**, **Dr. Willy Wimmer**, ehemals Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der Bundesregierung und quasi rechte Hand von Bundeskanzler Kohl, **Professor Küchenhoff**, einer der Väter des Grundgesetzes der BRD, oder **Professor Dieter Lutz**, Leiter des Hamburger Friedensforschungsinstitutes, fühlten sich betrogen, haben umgedacht und kämpften bzw. kämpften seither innerhalb der Friedensbewegung für ein friedliches, demokratisches Deutschland. Letzterer, Professor Dieter Lutz, hat seinen unermüdlichen Einsatz sogar mit seinem Leben bezahlt !!

Der Brigadegeneral a. D. Heinz Loquai ,der von 1995 bis 1999 als militärischer Berater bei der deutschen OSZE-Vertretung in Wien tätig war, erklärte zur völlig neuen NATO-Strategie, angenommen auf der Frühjahrstagung 1999 der NATO in Bratislawa Folgendes

„Für die Entwicklung der neuen NATO-Strategie hat der Kosovo-Konflikt wie ein politischer Katalysator gewirkt. Die neue NATO-Strategie, eine Interventionsstrategie, wurde verabschiedet während des Krieges , am 23./24. April, die NATO verabschiedet sich darin eindeutig von ihrer Verteidigungsfunktion und Verteidigungsstrategie hin zu einer Interventionsstrategie.....“

Dazu benutzten die führenden Politiker der NATO-Staaten und ihre Medien Schlagwörter wie

„Völkermord“ und „Ein neues Auschwitz verhindern!“

Loquai wies darauf hin, dass ALL DIES EINE GROßE LÜGE WAR !

„Im März 1999 hat ,die OSZE in einer Statistik ermittelt, dass lediglich 39 Menschen im Kosovo gewaltsam zu Tode gekommen sind. Dies waren Opfer krimineller Delikte, das waren

serbische Polizisten, jugoslawische Soldaten, Kämpfer der UCK und albanische Zivilisten. Es war ein Bürgerkrieg. ...Während des Krieges hat die NATO zweimal irrtümlich albanische Flüchtlingstrecks angegriffen. Bei diesen beiden Angriffen sind mehr albanische Kinder, Frauen und alte Menschen umgekommen als in den zwei Jahren Bürgerkrieg vor Beginn des Krieges“

Ramsey Clark, früherer Justizminister der USA, hat nach dem völkerrechtswidrigen und menschenverachtenden NATO-Krieg gegen Jugoslawien weltweit Volkstribunale gegen die NATO organisiert und angeführt!

Mit dem NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien im März 1999, gestützt auf ihre neue Strategie, haben die NATO-Staaten seither:

1. IHR EIGENES STATUT MISSBRAUCHT UND MISSBRAUCHEN ES WEITERHIN, IN DEM UNTER ART.1 GESCHRIEBEN STEHT:

„Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen, jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind.“

2. GEGEN DIE EIGENEN STAATSVERFASSUNGEN IHRER LÄNDER VERSTOßEN, DIE SICH SÄMTLICH VERPFLICHTEN DIE UNO-CHARTA EINZUHALTEN.

3. DIE UNO.-CHARTA UND SOMIT DEN GEWALTVERZICHT DER STAATEN UNTEREINANDER AUFGEKÜNDIGT !

III. Strategie und Taktik der Friedensbewegung, der Antifaschisten und Kommunisten gegen die menscheitsbedrohende Gefahr, die vom Imperialismus und seiner aggressiven Militärorganisation, der NATO, ausgeht

Es gibt bei den Friedensbewegten, einschließlich kommunistischer Vertreter,

2 verschiedene Anschauungen, wie dem Imperialismus und seinem verlängerten militärischem Arm beizukommen wäre:

1. Offener Kampf gegen diesen Imperialismus, einschließlich von Anschlägen gegen staatliche Einrichtungen, bzw. Ermordung von führenden Politikern, ähnlich den Aktionen der RAF in Deutschland, bzw. der Roten Armee-Fraktion in Italien der 70iger Jahre.

2. Führen eines langwierigen Kampfes gegen den Imperialismus, gestützt auf die Erfahrungen der Klassiker des Marxismus Leninismus.

„Was tun?“ mit den Worten Lenins gesprochen.

Wir leben in einer Zeit, die ähnlich DERJENIGEN vor 1933 ist.

Damals wie heute bestand und besteht die Gefahr eines Weltkrieges von ungeheurem Ausmaß.

DAMALS WIE HEUTE SEHEN DIE MEISTEN MENSCHEN DIESE HAUPTGEFAHR NICHT, WEIL SIE VON DEN HERRSCHENDEN POLITIKERN, JA SOGAR VON EINIGEN „SOZIALISTEN“ UND „KOMMUNISTEN“, IN IHREM DENKEN AUF NEBENSCHAUPLÄTZE GELENKT WERDEN.

Ernst Thälmann orientierte in Ziegenhals im Februar 1933 auf eine dringlich notwendige Volksfront gegen Krieg und Faschismus !!

Aber es war zu spät !

Die Monopolbourgeoisie im Pakt mit den faschistischen Kräften waren politisch und militärisch bereits so erstarkt, dass sie es vermochten, die führenden Kriegsgegner aus den Reihen der Kommunisten, der Sozialdemokratie und Christen einzusperren und in dazu geschaffenen KZs von den Volksmassen zu isolieren und viele von ihnen umzubringen.

In dieser Machtkonstellation, unter Einschüchterung und politischem faschistischem Terror, konnte der 2. Weltkrieg—ohne Widerstand der Bevölkerung---stattfinden.

Auf dem 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935 wurden die gemachten Fehler analysiert und Georgi Dimitroff erklärte:

„Vor 15 Jahren hat uns Lenin aufgefordert, unsere ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, 'Formen des Übergangs oder des Herankommens an die proletarische ..Revolution.. ausfindig..zu machen'. Möglicherweise..

wird 'die Einheitsfrontregierung in einer Reihe von Ländern sich als eine der wichtigsten Übergangsformen erweisen'.

(siehe W. I. Lenin, Linker Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31, S.79, 1920).

Neue taktische Orientierung

„Es geht um eine neue taktische Orientierung..., **die Einheitsfront der Arbeiterklasse und die antifaschistische Volksfront, die Aktionseinheit der gesamten werktätigen Massen im Kampfe gegen Kapitaloffensive, Faschismus und imperialistische Kriegsgefahr, herzustellen**“ (siehe : Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, 2. Aufl. Stuttgart 1976, S. 61)

Diese Taktik muss berücksichtigen, dass das Niederschlagen des Faschismus nicht unmittelbar zur Errichtung der proletarischen Herrschaft führen kann und dass im Kampf gegen den drohenden Faschismus die bürgerliche Demokratie selbst verteidigt werden muss !!

1. Was heißt das, bezogen auf die heutige Zeit ?

Von den Schlussfolgerungen des 7. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1935 ausgehend, auf unsere Zeit übertragen, heißt das:

Wenn die Bourgeoisie dazu übergeht, den schönen Schein ihrer Herrschaft aufzugeben, den sie vorgaukelt zu sein - siehe Notstandsgesetze, Polizeigesetz in Bayern usw..

müssen wir selbst die einfachsten Bestandteile der bürgerlichen Demokratie, wie sie im Grundgesetz verankert sind, verteidigen !!

IN EINER SOLCHEN PHASE DES KAMPFES BEFINDEN WIR UNS HEUTE IN DEUTSCHLAND !

2. Wie sollten wir Kommunisten weltweit im Inneren unserer Staaten agieren ?

Bei diesem, unserem Kampf, müssen wir uns im Inneren

AUF DIE HAUPTAUFGABEN KONZENTRIEREN UND DIE VOLKSMASSEN GEGEN FASCHISMUS UND IMPERIALISTISCHE KRIEGSGEFAHR ORIENTIEREN

Eine wichtige Form dieses Zusammenschlusses der gesamten werktätigen Massen im Kampfe gegen die Kapitaloffensive, Faschismus und imperialistische Kriegsgefahr ist in Deutschland der Aufruf von Sarah Wagenknecht „Aufstehen !“

Dabei sollten wir Kommunisten in vorderster Reihe stehen und Themen wie Krieg Frieden und Verhinderung eines 3. Weltkrieges mit unseren Losungen bei Demonstrationen, bzw. Zusammenkünften, in den Mittelpunkt stellen !!

3. Wie sollten wir Kommunisten weltweit nach außen wirken ?

China und Russland sind in unserer Zeit Friedensbastionen gegen die aggressiven Kriege der USA/NATO gegen die neokoloniale Ausbeutung der Entwicklungsländer, aber auch Bastionen zur Verteidigung der Souveränität jedes Staates auf der Welt, die durch die UNO-Charta formuliert und in jede Verfassung aller Staaten der Welt Eingang gefunden hat.

Deshalb sind sie die Bündnispartner der Friedenskräfte weltweit !

Und genau das sollten wir Kommunisten und Antifaschisten in unseren Schriften und Losungen auf der Straße zum Ausdruck bringen !

4. Warum sollten Antifaschisten, Kommunisten weltweit Russland unter Führung seines Präsidenten Wladimir Putin verteidigen?

1. Russland ist zur Zeit der einzige Staat der Welt, der militärisch den US/-NATO Aggressionskriegen in aller Welt Paroli bieten kann.
2. Russland ist zusammen mit China , sowie den anderen BRICS-Staaten, sowie dem Schanghai-Pakt im Verbund, in der Lage, Schritt für Schritt ein anderes Gesellschaftsmodell als das kapitalistische, welches nur auf der Ausbeutung der Ärmsten der Armen dieser Welt basiert, umzusetzen, VOR ALLEM DURCH DIE BRECHUNG DES DOLLAR MONOPOLS IM WELTMABSTAB, DER DEN US/NATO ERST ERLAUBT, RAUBTIERKRIEGE MIT MINIATOMWAFEN ZU FÜHREN !

Alle diejenigen, die die militärische Verteidigung Russlands von souveränen Staaten wie Syrien, basierend auf der UNO-Charta, Artikel 51 und der UNO-Sicherheitsresolution 2253 im Jahre 2015

siehe: <https://www.un.org/sc/suborg/en/s/res/2253-%282015%29>)

zur Bekämpfung der ISIS mit der Interventionspolitik der US/NATO gleichsetzen, sind nolens volens auf der Seite der Aggressoren !!

Im Übrigen konnten dank des militärischen Einsatzes Russlands gegen die ISIS auf der Grundlage des internationalen Rechts seit 2015. gemäß der Recherchen der Journalistin Vanessa Beely, bis zum August 2017 ca. 6,4 Millionen Syrer in die von der syrischen Regierung kontrollierten Gebiete zurückkehren. Darunter auch Hunderttausende syrischer Flüchtlinge aus Deutschland.

Quelle: <https://medium.com/@caityjohnstone/why-are-syrian-refugees-running-back-to-this-evil-dictator-who-likes-to-kill-them-d9ebdb1581c9>

August 2017

Da die antifaschistischen Friedenskräfte Russland als ihren Bündnispartner betrachten, kämpfen wir in Wort und Schrift gegen den US/NATO-Aufmarsch 50 Kilometer vor den russischen Grenzen, demonstrieren jährlich bei den Treffen der Friedensbewegten vor dem US-Stützpunkt in Rammstein und fordern dessen Auflösung. Die Friedensbewegten organisieren jährlich weltweit Treffen gegen die NATO, z.B. den NATO-Gipfel am 8. und 9. Juli 2016 in Warschau, bei dem die Nato als Feind des Friedens und der Völker der Welt bezeichnet wurde.

Neben dem diesjährigen Zusammentreffen von Spitzenpolitikern der NATO anlässlich ihres 70. Bestehens in Washington DC am 4. April 2019, fand in der Washingtoner Stephanskirche eine „No to Nato“ Konferenz statt, bei der Ale-

xander Neu, Linken-Bundestagsabgeordneter, zum Abschluss seiner Rede forderte: „Die Nato muss aufgelöst werden“, „Macht Schluss mit der Nato!“

Quellen: <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/no-to-nato-proteste-zum-70geburtstag-der-nato>

Die Losung der Friedensbewegten in Deutschland heißt:

Auflösung des NATO-Truppenstatuts und Austritt Deutschlands aus der NATO.

In dieser Hinsicht leisten die „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“ als kleiner Teil der deutschen Friedensbewegung, denen auch mehrere Kommunisten der KPD Berlin angehören, ihren Beitrag für den Frieden, gegen Krieg und Faschismus.

Gegen NATO-Kriegsübung Defender im Jahre 2020

Gegen die NATO-Kriegsübung „Defender 2020“ formiert sich überregionaler als auch regionaler Widerstand, um gegen dieses gegen Russland gerichtete Kriegsmanöver zu mobilisieren.

Die Ungeheuerlichkeit dieses Manövers ausgerechnet im Jahr des 75. Jahrestages der Befreiung der Sowjetarmee Europas von Krieg und Faschismus, stößt bei breiten Teilen der Bevölkerung Deutschlands auf ein klares „Nein!“ !!

Deutschland darf kein Aufmarschgebiet gegen Russland werden!

WIR WOLLEN NICHT LÄNGER ZUSEHEN, DASS DAS TERRITORIUM DER DDR, DEM 2+4 VERTRAG UND DEM EINIGUNGSVERTRAG WIDERSPRECHEND, ZUM AUFMARSCHGEBIET DER NATO FÜR NEUE KRIEGSVORBEREITUNGEN GEGEN RUSSLAND MISSBRAUCHT WIRD!!

Schon heute stehen NATO-Soldaten, einschließlich der Bundeswehr teilweise 50 Kilometer vor den Grenzen Russlands !!

An der seitens der NATO im Jahre 2020 geplanten Militärübung „DEFENDER 2020“, der größten von vielen anderen geplanten US/NATO-Kriegsübungen an den Grenzen Russlands, sollen von Januar bis Mai 2020 allein 37.000 US-Soldaten teilnehmen.

Deutschland wird dabei zur Drehscheibe der Transporte.

Als unabhängiger Verein stehen die „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“ seit über 20 Jahren **WÖCHENTLICH** als Friedensmahnwache, **GEGEN ALLE VOM GRUNDGESETZ DER BRD UND VOM VÖLKERRECHT VERBOTENEN AGGRESSIONSKRIEGEN AUF DER STRASSE UND TRAGEN DIE FAHNEN DER STAATEN, DIE IM FADENKREUZ DER NATO STEHEN !!**

WIR MÜSSEN MEHR WERDEN UND DEN KRIEGSTREIBERN IN DEN ARM FALLEN!

www.muetter-gegen-den-krieg-berlin.de

Zum 125. Geburtstag von Josef Wissarionowitsch Stalin

von Brigitte Queck und Wolfgang .Schumann

Wir gedenken am 22. Dezember 2019 dem 125. Geburtstag von J.W. Stalin-- neben Wladimir Iljitsch Lenin-- der größten verehrungswürdigen Persönlichkeit, nicht nur der sowjetischen, nein auch der internationalen Arbeiterbewegung !

Die Impfung der kommunistischen Bewegung mit dem Gift des als „Anti-Stalinismus“ verpackten Antikommunismus durch Chruschtschow wirkt noch immer verhängnisvoll.

Wir möchten hier auf ZWEI DER WICHTIGSTEN ANGRIFFSPUNKTE AUF STALIN UND DIE VON IHM GEFÜHRTE SOWJETUNION eingehen, einmal auf die Moskauer Prozesse von 1936-1938 und den Nichtangriffsvertrag zwischen der Sowjetunion und Hitlerdeutschland 1939.

DA DIE UNTERSCHIEDLICHE SICHT AUF BEIDE EREIGNISSE BIS HEUTE DIE KOMMUNISTISCHE BEWEGUNG IN DER WELT SPALTET UND DAMIT DEN IMPERIALISTISCHEN KRÄFTEN EIN WILLKOMMENES ANGRIFFSZIEL AUF UNS ALLE BIETEN, HIER EINIGE FAKTEN:

I. Die Moskauer Prozesse von 1936-1938

Vom westlichen Lager und den Feinden Stalins wird bis heute behauptet, dass bei diesen Prozessen WISSENTLICH UND HEIMTÜCKISCH GEGEN STALINS OPPONENTEN VORGEANGEN WURDE.

BESONDERS VERURTEILENSWERT SEI DIE „ENTHAUPTUNG DER GENERALITÄT UNTER TUCHATSCHESKI“ GEWESEN !

MIT DIESER MÄR RÄUMT DAS BUCH VON

Michael Sayers, Albert E. Kahn Die große Verschwörung Darstellung des antikommunistischen Kampfes 1919-1945 Titel der amerikanischen Originalausgabe: "The Great Conspiracy against Russia"

Aus dem Amerikanischen übersetzt von Dr. Marianne Dreifuß. Alle Rechte, besonders die des Nachdrucks, auch auszugsweise, vorbehalten. Copyright 1949 by Verlag Volk und Welt GmbH., Berlin. L.N. 141/4481/49-3215/48

GRÜNDLICH AUF, INDEM ES AUSFÜHRLICH UND DOKUM; ENTARISCH DARAUF HINWEIST, DASS GENERAL TUCHATSCHESKI ALS LETZTE TRUMPFKARTE DER OPPOSITION GEGEN DIE SOWJETREGIERUNG AUSGESPIELT WERDEN SOLLTE !!

NACH EINEM ANGRIF HITLERDEUTSCHLANDS AUF DIE SOWJETUNION SOLLTE DANN PARALLEL ZUM AGRSSIONSKRIEG DEUTSCHLANDS, DIE SOWJETREGIERUNG GESTÜRZT UND DIE TROTZKI- OPPOSITION AN DIE

MACHT KOMMEN, DIE KEINESWEGS DEN WEG DES SOZIALISMUS IN DER SOWJETUNION FORTSETZEN WOLLTE !!

ALS DIE MOSKAUER PROZESSE VON 1936- BIS 1938 SCHRITT FÜR SCHRITT AUFDIECKTEN, DASS DIE VERSCHWÖRER UNTER TROZKIS ANLEITUNG NICHT NUR EINFLUSSREICHE KRÄFTE INNERHALB DER SOWJETUNION UMFASSTEN, SONDERN AUCH WEIT ÜBER DIE GRENZEN DER SOWJETUNION HINAUS IN ALLEN IMPERIALISTISCHEN LÄNDERN MÄCHTIGE UND FINANZKRÄFTIGE UNTERSTÜTZER HATTEN, SOLLTE DER MILIÄRISCHE STAATSTREICH UNTER GENERAL TUCHATSCHESKI NOCH VOR DEM EINMARSCH DER FASCHISTISCHEN WEHR-MACHT IN DIE SOWJETUNION STATTFINDEN !!

Die Verschwörer innerhalb Rußlands, sagte Tuchatschewski, mußten die Entwicklung durch einen Militärputsch vor dem ursprünglich angesetzten Termin beschleunigen. Die Deutschen würden ihren russischen Verbündeten sofort zu Hilfe kommen.

Krestinski - Stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion - versprach, Trotzki sofort zu schreiben und ihm die Notwendigkeit eines raschen Entschlusses auseinanderzusetzen. In dem Brief, den er im Oktober an Trotzki absandte, hieß es: »Wir glauben, dass trotz der Verhaftung einer großen Anzahl von Trotzkiisten die Hauptkräfte des Blocks bis jetzt nicht in Mitleidenschaft gezogen sind. Noch ist es möglich zu handeln, aber in diesem Fall wäre es für das Zentrum von größter Wichtigkeit, dass die Aktion des Auslands beschleunigt wird. Unter »Aktion des Auslands« verstand Krestinski den Angriff der Nazis auf Sowjetrußland...

Zusammenfassend erklärte der Wirtschaftswissenschaftler Hans-Jürgen Falkenhagen zum Vorwurf einer „Enthauptung der Sowjetarmee unter Stalins Führung durch die Moskauer Prozesse von 1936-1938 Folgendes:

Man hat oft gesagt, Stalin hätte 1937-1938 die Rote Armee enthauptet, indem er sie ihrer besten Kommandeure beraubte. Das ist grundfalsch. Die Rote Armee, in der sich noch einige trotzkistische und konterrevolutionär gesonnene Generäle befanden, war 1937, als eine Säuberung in ihren Reihen begann, ganz und gar nicht optimal entwickelt. Das zeigte sich im spanischen Bürgerkrieg, wo z. B. die anfänglich den Deutschen überlegenen sowjetischen Jagdflugzeuge von der deutschen Neuentwicklung Messerschmidt ME 109 in den Parametern, in den Kampfeigenschaften ab 1938 eingeholt und übertroffen wurde, es zeigte sich bei Panzern und es zeigte sich anfänglich bei Bodenkämpfen mit den Japanern, die damals 1938 begannen, die nicht nur die mit der UdSSR verbündete Mongolei, sondern auch sowjetische Gebiete zu überfallen. Die technischen Mängel in der Bewaffnung der Roten Armee, das stellte auch eine damals vom sowjetischen Politbüro unter Leitung von Schdanow und Wossnezenski gebildete Kommission fest.

Die erste siegreiche Schlacht am Fluss Schalchin-Gol konnte erst im Juli/August 1939 mit neuen Waffen und neuen Kommandeuren unter dem Befehl des neu eingesetzten Generals Shukow erfolgreich geschlagen werden, nachdem Marschall Blücher der langjährige Oberbefehlshaber der Fernostar-

mee, als Verräter und japanischer Agent entlarvt worden war. Blücher wurde bekanntlich verhaftet und zum Tode verurteilt, auch übrigens wegen notorischer Trunkenheit. Seine Saufgelage und Sex-party in den Offizierskasinos stanken schon zum Himmel, vor allem weil ihr Ergebnis die sträfliche Vernachlässigung der Verteidigungsaufgaben in Fernost war. Vorher waren u.a. Marschall Tucha-tschewski, der Stellvertretende Verteidigungskommissar nach Woroschilow, und mehrere andere Generäle als mit der Organisation eines Militärputsches gegen Stalin und das Politbüro von Trotzki beauftragt und als Agenten der Deutschen und Briten entlarvt und abgeurteilt worden. Die sog. Ent-hauptung der Roten Armee war ein Art Aufräumen im Augiasstall einiger Generäle.

Angesichts drohender Aggressionen bestand nun die Aufgabe, die Rote Armee und Flotte kader-mäßig und waffentechnisch auf den modernsten Stand zu bringen und das gelang erst, nachdem die Clique trotzkistischer und konterrevolutionärer Generäle eliminiert und der Offiziersbestand auch moralisch gefestigt und dabei auch wesentlich verjüngt werden konnte. Etwa 40000 Offiziere schie-den damals aus der Roten Armee und Flotte aus, meist aus moralischen Gründen sowie aus Gesund-heits- und Altersgründen. Die wenigsten davon wurden allerdings verhaftet und abgeurteilt. Übrigens wurden von den entlassenen Offizieren mit Kriegsbeginn rund 15000 wieder eingestellt.

Was die Kampfstärke der Roten Armee und Flotte anbetrifft, so ist nur richtig, dass Stalin noch Anf-ang 1939 die Rote Armee noch nicht hinreichend in der Lage sah, mit der deutschen Kriegsmaschi-nerie und auch gleichzeitig mit der gut gerüsteten japanischen kaiserlichen Armee den Kampf auf-zunehmen. Es bedurfte noch mindestens zwei Jahre, bis die Rote Armee auf den modernsten Stand der Militärtechnik stand. Das zu erreichen, wurde 1939 in Angriff genommen. Eine Statistik belegt die quantitative Verstärkung der Roten Armee ab 1. Januar 1939 bis 22. Juni 1941.

	1. Januar 1939	22. Juni 1941	Steigerung in %
Divisionen	136	313	230
Personalbestand	1,9 Mio.	5,8 Mio.	297
Artilleriegeschütze und Granat-Werfer	55800	117600	211
Panzer und Sturmgeschütze	18400	23300	127
Kampfflugzeuge	17500	24500	140

Der Offiziersbestand wurde von 150000 auf 500000 erhöht. Das waren natürlich nun sehr junge Offi-ziere, die in die Rote Armee kamen. Bei Panzern und Kampfflugzeugen ist zu berücksichtigen, dass besonders in den Jahren 1940 / erstes Halbjahr 1941 neue moderne Typen gerade erst in Serie gin-gen oder sich noch im Entwicklungsstadium befanden.

Während des Großen Vaterländischen Kriegs hat die Industrie der UdSSR 102000 Panzer und Sturm-geschütze sowie 137 00 Flugzeuge der modernen Typen produziert.

II. Nichtangriffsvertrag zwischen der Sowjetunion und Hitlerdeutschland 1939

Der Nichtangriffsvertrag, vorsätzlich den Tatbestand verfälschend als „Hitler-Stalin-Pakt“ be-zeichnet – ein Pakt ist ein Bündnis zu einem gemeinsamen Tun, ein Nichtangriffsvertrag da-gegen ein Abkommen über ein beiderseitiges Nicht-Tun – wird noch immer als ein Haupt-argument ins Feld geführt.

Die meisten kommunistischen Parteien übernahmen nach dem XX. Parteitag der KPdSU die von Chruschtschow verfälschte Darstellung der Geschichte und Politik der KPdSU unter Stalins Führung.

Aber selbst in dieser Stalin verleumdenden Zeit wandten sich führende Genossen der KPD, der KPdSU und der DKP **OFFENSIV GEGEN DIE GESCHICHTSVERFÄLSCHUNGEN** der Sowjetperiode unter Stalin.

So schrieb Kurt Bachmann – der 1. Vorsitzender der DKP bis 1973 – 1988 in einem Artikel zum Nichtangriffsvertrag:

„Der Nichtangriffsvertrag war, so habe ich es 1939 gesagt und davon bin ich auch heute zu tiefst überzeugt, weder unter den damaligen Bedingungen noch aus heutiger Sicht ein Fehler, sondern kluge Einsicht in das damalige Notwendige.“

(siehe: Kurt Bachmann, Wir müssen Vorkämpfer der Menschenrechte sein. Pahl Rugenstein Verlag, Bonn 1999, Artikel „Streit um den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag“.

Und sogar Willi Gerns, in der DKP Fachmann für die Geschichte der Sowjetunion und ihrer Nachfolgestaaten, und das Gegenteil eines Kritikers des XX. Parteitages der KPdSU und Chruschtschows, **verteidigte im September 2009 in der UZ den Nichtangriffsvertrag gegen den russischen Ministerpräsidenten Putin, als der in Polen anlässlich des 70. Jahrestages des Überfalles der Hitler-Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939 den Nichtangriffsvertrag als „unmoralisch“ bezeichnet hatte.**

(siehe: <http://kritische-massen.over-blog.de/article-willi-gerns-der-deutsch-sowjetische-nichtangriffs-vertrag-und-putin-82426606.html>)

Gerns stimmte der **Kritik des ZK-Mitglieds der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation S. P. Obuchow** zu, der auf einer Kundgebung in Krasnodar erklärt hatte:

„Die strategische Entscheidung, die der UdSSR eine fast zweijährige friedliche Atempause und die Vorbereitung auf die Verteidigung ermöglichte, die einen Zweifrontenkrieg verhinderte und damit das Fundament für unseren Sieg 1945 legte, soll unmoralisch gewesen sein?...

Wie hätte sich der Krieg entwickelt, wenn der Überfall der Naziwehrmacht auf die Sowjetunion 1941 seinen Ausgang hunderte Kilometer weiter östlich vor den Toren von Minsk und Leningrad genommen hätte?“ (siehe ebenda !)

IM ÜBRIGEN HAT W. PUTIN SEINE EINSCHÄTZUNG DES NICHTANGRIFFS-
VERTRAGES ZWISCHEN DER SOWJETUNION UND HITLERDEUTSCHLAND IM
JAHRE 1939 INZWISCHEN KORRIGIERT !!

(siehe: https://www.t-online.de/nachrichten/specials/id_71706866/wladimir-putin-rechtfertigt-hitler-stalin-pakt.html)

Die Feinde Stalins - des großen Führers der Sowjetunion in den schwierigsten Phasen des Angriffs der Westmächte auf den 1. Arbeiter- und Bauernstaat der Welt - der seinen Kulminationspunkt erreichte durch den von den Westmächten geduldeten Überfall Hitlers auf Polen, der damit den 2. Weltkrieg auslöste UND VON ANBEGINN AUF DIE **ENDGÜLTIGE BESEITIGUNG DER SOWJETUNION ZIELTE**, führen an:

Der Nichtangriffsvertrag habe „vorerst jede Hoffnung auf eine breite staatliche Einheitsfront (der Westmächte!!!) gegen den Hauptaggressor Deutschland zunichte“ gemacht.

Kein Wort davon, dass es die Sowjetunion war, die seit Jahren sich darum bemühte, eine solche Einheitsfront zustande zu bringen, aber am ablehnenden Verhalten ihrer westlichen Verhandlungspartner scheiterte.

1) Die Bemühungen der Sowjetunion begannen mit ihrem Eintritt in den Völkerbund 1935; dieser Schritt wurde aber von der englischen Regierung beantwortet mit dem Abschluss des berüchtigten Flottenabkommens mit Hitlerdeutschland im gleichen Jahr. Seit ihrem Eintritt in den Völkerbund trat die Sowjetunion dort immer wieder mit dem Vorschlag zur Bildung eines Systems der kollektiven Sicherheit zur Abwehr von Aggressionen auf

2) Als Franco mit direkter Unterstützung Hitlers und Mussolinis die spanische Volksfront-Regierung bekämpfte, war die Sowjetunion der einzige Staat, der die spanische Republik politisch, materiell und militärisch unterstützte.

Die „befreundeten“ Westmächte, darunter die Volksfront-Regierung des benachbarten Frankreich, unterließen nicht nur vereinbarte Hilfe, sondern unterstützten Franco und seine deutschen und italienischen Verbündeten durch die sogenannte „Nichteinmischungspolitik“.

3) Statt auf die sowjetischen Vorschläge zur Abwehr der Aggressoren durch ein System der kollektiven Sicherheit einzugehen, ließen die Westmächte 1935 den Bruch des Versailler Vertrages durch die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland zu, 1936 den Überfall Italiens auf Abessinien, 1938 den „Anschluss“ Österreichs an Deutschland, und im Oktober 1938 segneten sie mit dem berüchtigten „Münchener Abkommen“ die Annexion des Westgebietes der Tschechoslowakei („Sudetengebiet“) durch Deutschland ab.

4) Als dann nach dem Münchener Schand-Abkommen die Rest-Tschechoslowakei von Hitler-Deutschland immer mehr bedroht wurde, war es – als einziger Staat! – wiederum nur die Sowjetunion, die der Prager Regierung militärischen Beistand anbot.

5) Die weiteren Bemühungen der Sowjetunion unter Führung Stalins, sowie die Reaktion der Westmächte schildert Hans Jürgen Falkenhagen—Wirtschaftswissenschaftler----wie folgt:

„Im März 1939 nahm die Sowjetunion erneut Verhandlungen auf, um eine antifaschistische Allianz zu bilden. Großbritannien und Frankreich ließen die Dinge schleifen und manövierten. Hitler wurde zu verstehen gegeben, dass er gegen die Sowjetunion marschieren kann. Von Juni bis August 1939 fanden geheime deutsch-britische Verhandlungen statt, in deren Verlauf die Briten Hitler Handlungsfreiheit im Osten im Austausch gegen die Garantie der Unversehrtheit des Britischen Empires zusagten. Das Britische Empire war damals durch zunehmende Unruhen und Aufstände in seinen Kolonien bedroht.

Am 29. Juli 1939 führte Charles Roden Buxton eine geheime Mission für den britischen Premierminister Chamberlain in der deutschen Botschaft durch. Er entwickelte den Plan:

1. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des britischen Empire durch Deutschland und seitens der Antikominternpakt-Staaten (Deutschland, Japan, Italien, Ungarn, Spanien u.a.)

2. Großbritannien verpflichtet sich, die deutschen Interessensphären in Süd- und Osteuropa zu respektieren mit der Konsequenz des Verzichts von Garantien, die es gewissen Staaten gewährt hatte.

3. Die Gespräche zum Abschluss eines Paktes mit der UdSSR werden seitens von Großbritannien eingestellt. Stalin wurde von seinen Geheimdiensten darüber genau informiert.

Im August 1939 traten die Verhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion in eine Schlussphase.“ (siehe H.J. Falkenhagen /B. Queck a.a. O.)

Am 17. April 1939 unterbreitete die Sowjetunion der britischen und der französischen Regierung konkrete, weitreichende Vorschläge, in denen vorgesehen war:

Abschluss eines Abkommens über gegenseitige Hilfe zwischen Großbritannien, Frankreich und der UdSSR;

Hilfeleistung der drei Mächte für die osteuropäischen Nachbarländer der UdSSR im Falle einer Aggression gegen diese Länder.

Im Einklang mit den sowjetischen Vorschlägen sollten die drei Mächte in kürzester Frist Umfang und Formen der militärischen Hilfe erörtern und festlegen, die jede von ihnen dem Aggressionsoffer zu leisten hätte, d.h. eine militärische Konvention abschließen. Der Vertrag über gegenseitigen Beistand und die militärische Konvention sollten gleichzeitig unterzeichnet werden und eine Gültigkeit von 5 bis 10 Jahren haben. Im Falle eines bewaffneten Konflikts durfte kein Sonderfrieden mit dem Aggressor geschlossen werden.

Bei der Übergabe dieser Vorschläge an den britischen Botschafter W. Seeds hob der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR – das war bis Ende April 1939 noch M.Litwinow – die Bedeutung der gleichzeitigen Unterzeichnung beider Abkommen, sowohl des politischen als auch des militärischen, hervor (...)

Die sowjetischen Vorschläge fanden jedoch bei der britischen und der französischen Regierung keine Unterstützung. Es mag heute noch so paradox erscheinen, aber sie fanden diese Vorschläge unakzeptabel. Der ständige stellvertretende Außenminister Großbritanniens, A. Cadogan, verfasste augenblicklich eine Mitteilung über die sowjetischen Vorschläge, die er dem außenpolitischen Ausschuß der Regierung zustellte. Dieses Dokument zeugt davon, wie groß der Hass der britischen regierenden Spitze gegen die UdSSR war.

Der sowjetische Vorschlag bringt uns in eine „äußerst schwierige“ Lage, schrieb Cadogan. „Wir müssen den Nutzen von den papierenen Verpflichtungen (!) Rußlands, sich uns im Kriege anzuschließen, und den Schaden(!) abwägen, den uns die offene Vereinigung mit Rußland bringt.“ Cadogan meinte ferner, vom praktischen Standpunkt aus spreche alles „gegen die Annahme des russischen Vorschlags.“ Er stellte jedoch fest, dass die linksorientierten Kreise bemüht sein werden, die Zurückweisung des Vorschlags im Kampf gegen die Regierung auszuschlachten. Lehnt Großbritannien den sowjetischen Vorschlag ab, besteht außerdem die Gefahr, dass die Sowjets irgendein „Nichteinmischungsabkommen“ mit Deutschland schließen könnten.“ (siehe a.a.O.).

Bei der Erörterung der sowjetischen Vorschläge sprach sich Lord Halifax auf der Sitzung der britischen Regierung vom 26. April gegen ein ‚umfassendes‘ Abkommen mit der UdSSR aus. Das Hauptargument des britischen Außenministers lautete, die Unterzeichnung eines Bünd-

nisses mit der UdSSR durch Großbritannien und Frankreich könnten sich negativ auf die britisch-deutschen Beziehungen auswirken, d.h. das Zustandekommen einer neuen britisch-deutschen Vereinbarung – das Hauptziel der britischen Regierung – unmöglich machen. Die sowjetischen Vorschläge wurden auf jener Sitzung als unannehmbar bezeichnet.

Der Leiter des Norddepartments im britischen Außenministerium, L. Collier, stellte zur Haltung der britischen Regierung fest, dass sie sich nicht an die UdSSR binden, wohl aber ,Deutschland die Möglichkeit geben will, seine Aggression ostwärts auf Kosten Russlands zu entfalten.‘

N. Chamberlain orientierte sich in seiner Politik weiterhin auf die Möglichkeit eines sowjetisch-deutschen Konfliktes.

Hätte aber Großbritannien ein Abkommen mit der UdSSR geschlossen, wäre es ein gewisses Hindernis bei der Verwirklichung der deutschen Aggressionspläne gegen den Sowjetstaat gewesen !!

Ein Abkommen über Zusammenarbeit mit der UdSSR stand folglich im Widerspruch zu dem gesamten politischen Kurs der britischen Regierung. (a.a. O.)

I. Maiski (der sowjetische Botschafter in London), berichtete in jenen Tagen nach Moskau, ,die Idee von einem Bündnis mit der UdSSR ist ...sehr populär.‘ (a.a. O.)

Nichtsdestoweniger hielt die britische Regierung weiter an dem Standpunkt fest, es genüge schon, dass zwischen Großbritannien, Frankreich und der UdSSR irgendwelche Verhandlungen im Gange sind, damit Hitler zur Unterzeichnung eines britisch-deutschen Abkommens bewegt wird.

Der sowjetische Vorschlag wurde auf der Sitzung der **britischen Regierung** am 3. Mai erörtert. E.Halifax und andere Regierungsmitglieder **äußerten die Hoffnung, dass man mit Hitler trotz alledem eine Übereinkunft erreichen kann, wenn man ihm die Handlungsfreiheit im Osten gewährt**, und sprachen sich gegen eine Änderung der britischen Politik aus.

Sie äußerten erneut die Befürchtung, dass sich die Sowjetregierung angesichts der britischen Haltung gezwungen sehen wird, sich um eine Normalisierung der Beziehungen zu Deutschland zu bemühen. Obwohl dies als kaum wahrscheinlich betrachtet wurde, hielt man es dennoch für zweckmäßig, **die Verhandlungen (mit der UdSSR) noch eine gewisse Zeit lang weiterzuführen‘, um einer Normalisierung der sowjetisch-deutschen Beziehungen entgegenzuwirken.** (a.a. O.)

Inzwischen wuchs die Besorgnis in der britischen Öffentlichkeit immer mehr.

Chamberlains Politik wurde von D. Lloyd George, W. Churchill, C. Attlee und anderen Abgeordneten, die für den möglichst baldigen Abschluss eines britisch-französisch-sowjetischen Abkommens eintraten, scharf kritisiert.

Gegen ihren Wunsch sah sich die Regierung N. Chamberlain schließlich gezwungen, einem britisch-französisch-sowjetischen Pakt zuzustimmen; (wie die weiteren Ereignisse zeigen, war das leider nur eine verbale Zustimmung)

Am 27. Mai verständigten der britische Botschafter, W. Seeds, und der französische Geschäftsträger, J. Payart, W. Molotow, der Anfang Mai zum Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten ernannt worden war, dass ihre Regierungen ‚einverstanden sind‘, den sowjetischen Vorschlag zum Abschluss eines britisch-französisch-sowjetischen Vertrags anzunehmen, jedoch die obengenannten Vorbehalte geltend machen. Die Sowjetregierung war sich selbstverständlich dessen bewusst, dass diese Vorbehalte den Vertrag zu einem Fetzen Papier degradieren, was dem britischen und dem französischen Diplomaten auch direkt erklärt wurde.

Der Sekretär des ZK der KPdSU(B), A. Shdanow, schrieb mit Recht in einem „Prawda“-Artikel [9], **die britische und die französische Regierung wollten ja gar keinen gleichberechtigten Vertrag mit der UdSSR, sie zögen die Verhandlungen vielmehr in die Länge und würden künstliche Komplikationen in Fragen erfinden, die sich beim guten Willen Großbritanniens und Frankreichs ohne Verzögerungen und Hindernisse regeln ließen.**

„Mir scheint“, schrieb Shdanow, **„dass die Engländer und die Franzosen keinen echten, für die UdSSR annehmbaren Vertrag, sondern lediglich Gespräche über den Vertrag wollen, um, mit der angeblichen Unnachgiebigkeit der UdSSR vor der Öffentlichkeit ihrer Länder spekulierend, sich den Weg zu einer Abmachung mit den Aggressoren zu erleichtern.“**, (S.261)

Die Sowjetunion befand sich durch dieses falsche Spiel der Westmächte in einer Situation hoher Gefährdung, die von Sipol zutreffend wie folgt beschrieben wird:

„Die Sowjetunion befand sich im Grunde genommen auch jetzt noch im Zustand der internationalen Isolierung, in den sie im Herbst 1938 durch das Münchener Komplott Großbritanniens und Frankreichs mit den deutschen und italienischen Aggressoren geraten war. Mehr noch, die Sowjetunion musste dem Umstand Rechnung tragen, dass sich im Falle eines deutschen Überfalles einige westliche Nachbarstaaten sowie Japan durchaus den deutschen Angreifern anschließen konnten.

Wie gesagt, sah sich der Sowjetstaat der Gefahr eines Zweifrontenkrieges gegenüber, wobei außerdem noch die Gefahr eines antisowjetischen Komplotts des gesamten imperialistischen Lagers existierte.“ (S. 291)

Wie sollte und wie konnte die Sowjetunion aus diesem Dilemma herauskommen? Natürlich nur auf dem Wege, dem die Sowjetunion – zusammen mit der internationalen Solidarität der Freunde der Sowjetunion in der ganzen Welt – ihr mehr als zwanzigjähriges Überleben mitten in der feindlichen imperialistischen Umkreisung verdankte, durch die Ausnutzung der innerimperialistischen Gegensätze.

Das bedeutete in der konkreten Situation des Jahres 1939 die Ausnutzung der Furcht der Westmächte vor einer deutsch-sowjetischen Verständigung auf der einen, und der Furcht Nazideutschland vor einem Bündnis der Westmächte mit der Sowjetunion gegen den deutschen Aggressor, auf der anderen Seite.

Die Furcht der ersteren ließ diese darauf eingehen, das sowjetische Bündnisangebot zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen – aber nur mit dem Hintergedanken, dadurch die deutsche Seite zur Annahme des westlichen Angebots zur Zusammenarbeit auf Kosten der Sowjetunion zu verführen bzw. zu erpressen.

Die Furcht der anderen Seite, also Nazi-Deutschlands, veranlasste diese zu dem Angebot an die Sowjetunion zu einer Verständigung bis hin zu einem Nichtangriffsvertrag.

Sipols schildert (ab S.291) eingehend die deutschen Schritte dahin, von den ersten Angeboten im Mai 1939 zu einem Wirtschaftsabkommen in Gesprächen zwischen dem Mitarbeiter des deutschen Außenministeriums Schnurre mit dem sowjetischen Vertreter Astachow, den Unterredungen Schulenburgs, des deutschen Botschafters in Moskau, mit dem sowjetischen Außenminister Molotow über nicht nur verbesserte wirtschaftliche, sondern auch politische Beziehungen und den diplomatischen Verhandlungen bis zum Abschluss des Nichtangriffsvertrages am 24. August 1939.

Die Sowjetunion verhielt sich – solange sie noch einen Erfolg der Verhandlungen mit den Westmächten für erreichbar hielt – dem Werben der Nazidiplomaten gegenüber kühl zurückhaltend, worüber Schulenburg sich in seinen Berichten nach Berlin bitter beklagte.

So berichtete er am 4. August 1939 nach Berlin:, dass die „Sowjetregierung gegenwärtig entschlossen ist, mit England und Frankreich abzuschließen.“.

Drei Tage später schrieb er: „Bei jedem Wort und bei jedem Schritt merkt man das sehr große Misstrauen uns gegenüber. Dass dem so ist, wussten wir ja seit langem. Das Unglück dabei ist nur, dass das Misstrauen ... sehr leicht entflammt und nur sehr schwer und langsam wieder beseitigt werden kann.“. (S.299.)

Hätten die Westmächte es ernst gemeint mit ihrem Eingehen auf das sowjetische Bündnisangebot, dann wäre es in kurzer Zeit zustande gekommen; denn ein antifaschistisches Bündnis entsprach der Natur der Sowjetunion. Aber weil es wider die Natur der imperialistischen Mächte war, musste es ihnen aufgezwungen werden.

Das geschah und konnte nur dadurch geschehen, als sich die Westmächte schon mit Nazideutschland im Kriege befanden, als Hitler auch die Sowjetunion überfiel.

Jetzt konnten sie schon nicht mehr

– wie das unter Chamberlain nicht unmöglich gewesen wäre –

die Front wechseln und gemeinsam mit Hitlerdeutschland den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion führen – ihre Völker hätten das nicht zugelassen, sondern sie davon gejagt.

Sie mussten vielmehr mit der Sowjetunion die Anti-Hitlerkoalition bilden.

Der Nichtangriffsvertrag war also in Wahrheit die Grundsteinlegung für die Anti-Hitlerkoalition!

Genau das hat die Sowjetführung im Jahre 1939 über viele Monate hindurch hartnäckig versucht.

Nachdem dieser Versuch an der hinterhältigen Sabotagepolitik der „bürgerlich staatlichen Seite“ gescheitert war – bestand die alternativlose Aufgabe von Kommunisten darin, die Existenz des ersten sozialistischen Staates gegen einen drohenden gesamt-

perialistischen Vernichtungsschlag zu sichern, und sei es auch nur für einen beschränkten Zeitraum. Das war unter den damaligen Umständen nur durch die Annahme des deutschen Angebotes eines Nichtangriffsvertrages möglich.

Dieser Schritt widersprach keineswegs den Grundsätzen des kommunistischen Manifestes, sondern folgte geradezu wortwörtlich Weisungen, die ein Karl Marx und ein Lenin gegeben hatten.

Die Marx'sche Weisung lautet:

„In der Politik darf man sich, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, mit dem Teufel selbst verbünden – nur muss man die Gewissheit haben, dass man den Teufel betrügt, und nicht umgekehrt.“ (MEW, Bd. 8, S.392, Brief v. K. Marx an den Redakteur der „New York Tribune“.)

Und Lenin gab am 26. November 1920 folgende Weisung an Moskauer Parteifunktionäre:

„Vorläufig sitzen die Imperialisten da und warten auf einen günstigen Augenblick, um die Bolschewiki zu vernichten. Wir aber schieben diesen Augenblick hinaus. ... Noch mehr würde uns der Umstand retten, wenn die imperialistischen Mächte sich in einen Krieg verwickelten. Wenn wir gezwungen sind, solche Lumpen wie die kapitalistischen Diebe zu dulden, von denen jeder das Messer gegen uns wetzt, so ist es unsere direkte Pflicht, diese Messer gegeneinander zu richten. Wenn zwei Diebe streiten, so gewinnen dabei die ehrlichen Leute.“ [10]

Der Abschluss des Nichtangriffsvertrages entspricht exakt diesen Weisungen.

Da bleibt nur zu sagen: Ruhm und Ehre und Dank der Sowjetführung, die diese Weisungen von Marx und Lenin so klug, kühn, konsequent und erfolgreich in die Tat umgesetzt hat!

Denjenigen also, die den Nichtangriffsvertrag als Pakt zwischen Hitler und Stalin darstellen, die die Totalitarismus-Doktrin vertreten, „Rot gleich Braun, Stalin gleich Hitler“, MUSS ENTSCHIEDEN ENTGEGENGETRETEN WERDEN !!

VIELE DER OBEN GENANNTEN FAKTEN SIND BIS HEUTE—SELBST IN LINKEN KREISEN, JA SOGAR UNTER KOMMUNISTEN DER VERSCHIEDENSTEN LÄNDER DER WELT--- BIS HEUTE NICHT BEKANNT !!!

MEINES ERACHTENS IST ERST DURCH DIE GRÜNDLICHE AUFARBEITUNG DER GESCHICHTE--- EINSCHLISSLICH DER WÜRDIGUNG DER VERDIENSTE W.J. STALINS--- EINE VEREINIGUNG ALLER KOMMUNISTISCHEN KÄFTE INNERHALB DEUTSCHLANDS UND DER WELT MÖGLICH !!

Quellen:

Ju. W. Jemel'janow, "Stalin auf dem Gipfel der Macht" (russ.), Seiten 158-189, Moskau, Verlag Wetsche 2003

Ludo Martens, "Stalin anders betrachtet", Seiten 145-281, Verlag EPO, Berchem (Belgien)1998

Die Sowjetgesellschaft, Bd. I, Seiten 291-321 (russ.), Rossijskij gosudarstvennij humanitarnij universitet, Moskau 1997

Sergej Lawrow, "Tragödie des 2. Weltkrieges. Wer ist schuld", in Rossiskaja Gazeta Moskau, vom 1. September 2009

Ol'ga Dmitrijewa, "Aber Lord Halifax erschien nicht in Moskau" (russ.), in Rossiskaja Gazeta. Moskau, vom 21. August 2009

Jelena Novoselova, "Kriegsgeheimnis. Was wir über den 2. Weltkrieg nicht wissen" (russ.), in Rossiskaja Gazeta. Moskau, vom 18. August 2009

HansJürgenFalkenhagen/BrigitteQueck: Großer Vaterländischer Krieg siehe: www.muetter-gegen-den-krieg-berlin.de UND <http://www.schattenblick.de/infopool/geist/history/ggvo0001.html>

Kurt Gossweiler: „[Betrachtungen zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag von 1939](#)“, in: „Wider den Revisionismus“, München 1997, S.167-172. Ferner: die Veröffentlichungen in „Offensiv“: Heft 7/2006 mit dem Briefwechsel zwischen K. Gossweiler und Robert Steigerwald, sowie Heft 4/2011 Artikel von K. Gossweiler: „Ist Gewalt zur Verteidigung des Kommunismus unmoralisch?“

Geschichtsfälscher. Aus Geheimdokumenten über die Vorgeschichte des 2. Weltkrieges. Dietz Verlag, Berlin 1952

Holger Michael, Die Legende vom Hitler-Stalin-Pakt. Kai Homilius Verlag 2008

K. Gossweiler, Vortrag gehalten am 1. Oktober 2009 im ND-Gebäude in Berlin im Rahmen einer Veranstaltung des Vereins „Mütter gegen den Krieg.Berlin-Brandenburg.“, nachzulesen unter: www.muetter-gegen-den-krieg-berlin.de)

Kurt Bachmann, Wir müssen Vorkämpfer der Menschenrechte sein. Pahl Rugenstein Verlag, Bonn 1999, Artikel „Streit um den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag“.

[V. J. Sipols, Die Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags, Pahl-Rugenstein Verlag Köln 1981.](#)

[Walther Hofer: Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt am Main und Hamburg 1967.](#)

Brief der „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“ an Bundesfinanzminister Scholz wegen Aberkennung des Status der Gemeinnützigkeit für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)

Dass nach Attac und Campact nun auch der Vereinigung der Verfolgten der Naziregimes- Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) die Gemeinnützigkeit entzogen wurde, weil „der Verein in den Verfassungsschutzberichten Bayerns seit Jahren als linksextreme Gruppierung geführt wird“ IST UNGEHEUERLICH, DENN EIN BEWEIS DAFÜR IST NICHT ERBRACHT WORDEN !

Die VVN-BdA wurde 1947 von Überlebenden der Konzentrationslager und Gefängnisse gegründet und ist nach eigenen Angaben die größte Organisation von Antifaschisten in Deutschland.

Sie, Herr Scholz, als Bundesfinanzminister erklärten die „Verschärfungen für politisch aktive Vereine damit, Sie wollen ihnen Steuervergünstigungen streichen, „WENN SIE SICH ALLZU SEHR IN DIE POLITISCHE WILLENSBILDUNG EINMISCHEN“ !

Wir fragen Sie als Vereinigung der „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“:

IST EINE EINMISCHUNG IN DIE POLITISCHE MEINUNGSBILDUNG DER BUNDESREPUBLIK, NICHT VÖLLIG LEGITIM , WENN:

1. Die Bundesrepublik entgegen des Art.87 a , in dem es heißt, „der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf“ wieder Kriege hoffähig macht, indem sie sich

a) völkerrechts-und grundgesetzwidrig im Rahmen der NATO in direkter und indirekter Form in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischt,

b) die Bundesrepublik an einer Gefechtssimulation der Nato-Armeen im Juni 2018 circa 50 Kilometer südlich Kaliningrads teilnahm und sich

c) seit Juni 2016 ein von der Bundeswehr geführtes NATO-Bataillon auf dem Stützpunkt in Rukla, 100 Kilometer von der russischen Grenze entfernt besitzt ?

2. Die Bundesrepublik es erlaubt, dass die US-Streitkräfte im kommenden Jahr in der größten militärischen Übung seit dem 2. Weltkrieg, genannt Defender, 37.000 Soldaten über Deutschland nach Polen und ins Baltikum schicken, WAS EINER OFFENEN KRIEGSERKLÄRUNG AN RUSSLAND GLEICHKOMMT, DAS IM 2. WELTKRIEG MIT 30 MILLIONEN TOTEN DIE GRÖßTEN BLUTOPFER GEGEN KRIEG UND FASCHISMUS ERBRACHT HABEN ?

DIE VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES HÄLT BIS HEUTE DIESES ANDENKEN IN EHREN UND SORGT DAFÜR, DASS DIE INTERNATIONALEN UND NATIONALEN GESETZE GEGEN FASCHISMUS UND ANGRIFFSKRIEGE AUF DER WELT EINGEHALTEN WERDEN !

DIE GESELLSCHAFT DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES IST ZU EINEM ZEITPUNKT, DA DIE BUNDESREPUBLIK SELBST OFT GEGEN DIESE OBEN GENANNTEN BESTEHENDEN GESETZE VERSTÖßT, UNVERZICHTBAR !!

Mit der dringlichen Bitte an Sie, Herr Scholz, die getroffene Vereinbarung über die Aberkennung der Gemeinnützigkeit für die VVN-BdA rückgängig zu machen

verbleiben mit dem Wunsch nach Rückantwort Ihrerseits

i.A. „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“ Brigitte Queck, Humboldttring 11, 14473 Potsdam